

Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren

Geltungsbereich

VINCI Construction Deutschland (VINCI Construction GmbH, die Beteiligungen der VINCI Construction GmbH und EUROVIA Gestein GmbH; sowie deren jeweils zu 50 % oder mehr beherrschte Beteiligungen) – nachfolgend als „VCDE“ bezeichnet. Bei nicht beherrschten Beteiligungen müssen die Verantwortlichen Geschäftsführer sicherstellen, dass vergleichbare Regelungen zum Einsatz kommen.

Änderungen

Layout angepasst

In weitere Sprachen übersetzt

Inhaltsverzeichnis

Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren.....	2
Şikâyet prosedürüne ilişkin prosedür yönetmeliği.....	15
Reglamento interno para el procedimiento de denuncia	26
Regulamin procedury składowania skarg	39
Pravidla pro řešení podnětů	52
Complaints Procedure	65
Règlement de procédure applicable au dispositif d’alerte interne	77
Regulamento interno do procedimento de reclamação	89

A. EINLEITUNG

Ethisches und gesetzeskonformes Verhalten hat für die VINCI Construction GmbH (im Folgenden:

Freigegeben am:	Freigegeben durch:	Taxonomie	Version	Seite
16.09.2025	TWWWW DL Menschenrechte & soz. Verantwortung	PB-M06-0483	2	2 von 95

„wir“) und die in der ANLAGE 1 genannten Unternehmen in der eigenen Geschäftstätigkeit und in den Beziehungen zu ihren Geschäftspartnern und Kunden einen bedeutenden Stellenwert. Wir haben daher ein Beschwerdeverfahren eingerichtet, das es Mitarbeitenden, Geschäftspartnern, Unternehmen und sonstigen Betroffenen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ermöglicht, auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf Verletzungen menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) hinzuweisen. Das Beschwerdeverfahren soll dabei sicherstellen, dass alle eingehenden Beschwerden auf transparente und faire Weise untersucht und aufgearbeitet werden.

B. BESCHWERDEBERECHTIGTE

Im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes steht das Beschwerdeverfahren jedem offen, der hinweisen möchte, auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken, sowie auf Verletzungen menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten, die durch unser wirtschaftliches Handeln und/oder das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens der ANLAGE 1 und/oder einem direkten oder indirekten Zulieferer entstanden sind. Beschwerdeführer können beispielsweise Beschäftigte, Auftragnehmer, direkte und indirekte Zulieferer (also Lieferanten), Kunden, Anwohnende, Investoren, andere Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder auch unbeteiligte Personen sein. Beschwerden können sowohl von Beschwerdeführern, die selbst mittelbar oder unmittelbar betroffen sind (selbstbetroffene Beschwerdeführer), oder von Beschwerdeführern, die nicht selbst betroffen sind (informierende Beschwerdeführer), abgegeben werden.

C. THEMEN / SACHBEREICHE DES BESCHWERDEVERFAHRENS

Das Beschwerdeverfahren ermöglicht es, Beschwerden im vorstehend umrissenen (Sach-) Bereich einzureichen. Zur Orientierung finden sich in der ANLAGE 2 weitere Informationen zu den einzelnen vom Beschwerdeverfahren umfassten Themen/Sachbereichen. Daher können auch Beschwerden bei dem Verdacht einer Verletzung und/oder der Verletzung der „VINCI Ethik-Charta und Verhaltensregeln“, „VINCI Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“, „VINCI Verhaltenskodex gegen Korruption“, „VINCI Leitfaden der Menschenrechte“ und „VINCI Umweltleitfaden“ gemeldet werden. Die vorstehend genannten Referenzdokumente sind auf der Homepage des Hinweisgebersystems (<https://eurovia.integrityline.com>) zu finden.

D. KOSTENFREIHEIT

Das Beschwerdeverfahren ist für jeden Beschwerdeführer kostenfrei.

E. ABGABE EINER BESCHWERDE

Mit der Entgegennahme von Beschwerden über das Hinweisgebersystem sind speziell geschulte und zur Vertraulichkeit verpflichteten Mitarbeiter der Compliance-Organisation von VINCI Construction Deutschland befasst. Das Hinweisgebersystem ist unter <https://eurovia.de> zu erreichen. Beschwerden über das Hinweisgebersystem können in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch und Russisch abgegeben werden. Beschwerden können auch in Form einer Sprachnotiz im Hinweisgebersystem abgegeben werden. Die Meldekanäle des Hinweisgebersystems stehen Beschwerdeführern uneingeschränkt zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung. .

F. ANONYME HINWEISE

Beschwerdeführer können eine Beschwerde auch anonym über die vorgenannten Meldewege abgeben.

G. WELCHE INFORMATIONEN SOLLTE EINE BESCHWERDE ENTHALTEN?

Um eine schnelle und angemessene Bearbeitung der Beschwerde zu gewährleisten, ist es sinnvoll, dass die Beschwerde möglichst viele relevante Informationen enthält und der Vorfall so genau wie möglich beschrieben wird.

Dabei können z.B. die folgenden Angaben hilfreich (indes kein Zwang) sein:

- Was hat sich konkret ereignet?
- Wann bzw. in welchem Zeitraum hat sich der Vorfall ereignet bzw. dauert der Vorfall weiter an?
- Wo hat sich der Vorfall ereignet (z.B. in welchem Land, bei welcher Gesellschaft, bei welchem Zulieferer)?
- Welche Personen sind involviert?
- Wie viele Personen sind betroffen?
- Sind Sie auch selbst betroffen?
- Welche weiteren Personen haben von dem Vorgang etwas mitbekommen?
- Besteht unmittelbare Gefahr für Leib und Leben? Besteht unmittelbare Gefahr für die Umwelt?
- Wurde uns das Risiko oder der Verstoß bereits zuvor gemeldet?

H. ZUSTÄNDIGKEIT FÜR DIE BEARBEITUNG EINER EINGEGANGENEN BESCHWERDE

Mit der Entgegennahme von Beschwerden über das Hinweisgebersystem sind speziell geschulte und zur Vertraulichkeit verpflichteten Mitarbeiter der Compliance-Organisation von VINCI Construction Deutschland befasst. Im Zuge der Bearbeitung der Beschwerden können weitere Personen einbezogen werden. Solche Personen sind z.B. die Menschenrechtsbeauftragte im Rahmen der

Koordination und Überwachung der Ansätze zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten, der Berichterstattung an die Geschäftsführung, der Erfüllung der Dokumentationspflichten und der Erstellung des Jahresberichts, sowie der Überwachung der effektiven Umsetzung des LkSG-Risikomanagementsystems und dessen kontinuierliche Verbesserung sein. Weiterhin können unabhängige, zur Verschwiegenheit verpflichtete Person zur Bearbeitung der Beschwerden im Rahmen des Beschwerdeverfahrens und gesetzeskonformen Dokumentation des Beschwerdeprozesses eingebunden werden. Zusätzlich können weitere risikoverantwortliche Personen eingebunden werden, die im Rahmen der Durchführung und Dokumentation der Risikoanalyse für die jeweiligen Risiken, inkl. regulärem Monitoring der Risikoexposition, Definition (und ggf. Implementierung) von Präventionsmaßnahmen, sowie der Definition von Abhilfemaßnahmen zuständig sein können. Stets wird gewährleistet, dass die eingebundenen Personen vertraulich, fachkundig und unparteiisch handeln sowie unabhängig und nicht an fachliche Weisungen gebunden sind.

I. SCHUTZ DES BESCHWERDEFÜHRERS

Wir gewährleisten angemessenen und wirksamen Schutz für die Beschwerdeführer vor Benachteiligung und Bestrafung im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen. Dies gilt, wenn und soweit der Beschwerdeführer die Beschwerde nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben hat, wenn also der Beschwerdeführer berechtigten Grund zur Annahme hatte, dass die im Rahmen der Beschwerde mitgeteilten Informationen der Wahrheit entsprechen. Der Schutz des Beschwerdeführers kann immer nur **so weit** gewährleistet werden, wie der rechtliche Einfluss von uns reicht. Wir erlauben keinerlei Vorwurfs-, Stigmatisierungs- oder Vorverurteilungskultur. Bei nachweislich wissentlicher Weitergabe von falschen und/oder irreführenden Informationen (z.B. wissentlich falsche Verdächtigung) behalten wir uns allerdings eine Prüfung disziplinarischer und/oder zivil- und/oder strafrechtlicher Maßnahmen vor. Wir stellen sicher, dass die Vertraulichkeit der Identität des Beschwerdeführers und etwaiger Dritter, die in der Beschwerde genannt werden, gewahrt bleibt und nicht befugte Personen hierauf keinen Zugriff haben. Der Beschwerdeführer soll durch die Inanspruchnahme des Beschwerdeverfahrens keine Nachteile erleiden. Alle eingegangenen Beschwerden werden im Einklang mit den gesetzlichen Datenschutzvorgaben bearbeitet. Informationen über die Identität dürfen an die zuständigen Stellen weitergegeben werden, wenn dies aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder einer gerichtlichen oder behördlichen Anordnung erforderlich ist oder wenn ein hinreichender Verdacht auf eine Straftat besteht.

J. BESCHWERDEGANG IM EINZELNEN

Alle eingegangenen Beschwerden werden im Rahmen des Beschwerdeverfahrens sorgfältig geprüft und bearbeitet. In der Regel erfolgt die Bearbeitung in den folgenden Schritten:

Bestätigung des Eingangs der Beschwerde

Der Beschwerdeführer erhält über den eingerichteten Meldekanal unverzüglich eine Bestätigung des Eingangs der Beschwerde. Bei postalischer Einreichung einer Meldung erhält die beschwerdeführende Person eine postalische Bestätigung.

Wenn der Beschwerdeführer einen anderweitigen, nicht vorgesehenen Weg zur Abgabe seiner Beschwerde wählt, entfällt für uns diese Pflicht zum Versand einer Eingangsbestätigung.

Prüfung der Beschwerde

Jede Beschwerde wird auf Begründetheit geprüft. Bei Beschwerden erfolgt, soweit erforderlich, eine Sachverhaltserörterung mit dem Beschwerdeführer. Wenn bei der Überprüfung des Sachverhalts festgestellt wird, dass die Beschwerde begründet ist, ergreifen wir angemessene Präventions- und / oder Abhilfemaßnahmen. Bei Unbegründetheit der Beschwerde stellen wir das Verfahren ein. Eine Beschwerde ist grundsätzlich unbegründet, wenn sie in keinem Zusammenhang mit uns oder einem Unternehmen i.S.v. ANLAGE 1 steht, kein menschenrechtliches und kein umweltbezogenes Risiko nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz gegeben ist und auch keine Verletzung menschenrechtsbezogener und umweltbezogener Pflichten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegt und auch kein Verstoß gegen die unter C. genannten Referenzdokumente vorliegt.

Information über den Status und das Ergebnis des Beschwerdeverfahrens

Der Beschwerdeführer wird regelmäßig über die Bearbeitung seiner Beschwerde informiert, sofern dies aus ermittlungstaktischen Gründen möglich ist. Da die Verfahren sehr individuell und komplex sein können, sehen wir uns derzeit nicht in der Lage, eine definitive Zeitspanne zu nennen, binnen der die Verfahren abgeschlossen sein werden. Wir sind jedoch bemüht, die Beschwerden zügig zu bearbeiten und dem Beschwerdeführer nach Abschluss des Verfahrens eine Information über das Ergebnis der Überprüfung sowie der geplanten oder bereits eingeleiteten Präventions- und / oder Abhilfemaßnahmen zu geben. Der Beschwerdeführer wird dementsprechend ebenfalls informiert, wenn das Verfahren wegen Unbegründetheit der Beschwerde eingestellt wurde. Eine Unterrichtung erfolgt nicht, wenn durch diese internen Nachforschungen und/oder Ermittlungen berührt und/oder die Rechte der Personen, die Gegenstand einer Beschwerde sind oder die in der Beschwerde genannt werden, beeinträchtigt würden. Die Unterrichtungspflicht entfällt auch in solchen Fällen, in denen eine Kontaktaufnahme aufgrund der Anonymität oder fehlenden Kontaktdaten des Beschwerdeführers nicht möglich ist. Soweit der Beschwerdeführer Beschwerde unter Nutzung des

Hinweisgebersystems abgegeben hat, so kann eine Beschwerde auch über ein persönliches Postfach im Hinweisgebersystem nachverfolgt werden.

Kontakt nach Abschluss des Beschwerdeverfahrens

Wir möchten einen angemessenen und wirksamen Schutz vor Nachteilen für Beschwerdeführer gewährleisten. Vor diesem Hintergrund kann es der Fall sein, dass der Beschwerdeführer nach dem Abschluss des Verfahrens kontaktiert und befragt wird, ob er Repressalien oder sonstigen Nachteilen ausgesetzt war oder ist, die in Zusammenhang mit dem Beschwerdeverfahren stehen. Ebenfalls kann abgefragt werden, ob der Beschwerdeführer zur Wirksamkeit der eingeleiteten Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen Auskunft geben kann. Die Kontaktaufnahme entfällt jedenfalls in solchen Fällen, in denen sie aufgrund der Anonymität oder fehlenden Kontaktdaten des Beschwerdeführers nicht möglich ist oder der Beschwerdeführer eine solche Kontaktaufnahme ablehnt. Um auch im Nachgang zu dieser Kontaktaufnahme Schutz vor Repressalien sicherzustellen, kann sich der Beschwerdeführer jederzeit nach Abschluss des Verfahrens erneut über einen der Meldekanäle melden und auf etwaige Missstände hinweisen. Es werden dann Maßnahmen eingeleitet, um Repressalien zu beenden oder Vergeltungsmaßnahmen abzustellen und so den Beschwerdeführer zu schützen.

K. AUFBEWAHRUNGSFRIST FÜR INFORMATIONEN

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß § 10 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, sind wir verpflichtet, eingehende Beschwerden sowie das weitere Verfahren zu dokumentieren und die Dokumentation ab ihrer Erstellung für mindestens sieben Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrung gespeicherter personenbezogener Daten erfolgt in Übereinstimmung mit den anwendbaren Datenschutzregelungen. Sollte kein berechtigtes Interesse für die weitere Speicherung der Daten vorliegen, werden die Daten nach der Mindestaufbewahrungszeit gelöscht.

L. Weitere Hinweise

Weitere Hinweise, insbesondere zur technischen Nutzung des Hinweisgebersystems, kann der Beschwerdeführer den Informationen entnehmen, die auf der Website des Hinweisgebersystems bereitgehalten werden. Sollten Regelungen und/oder Hinweise den Regelungen der vorliegenden Verfahrensordnung widersprechen, so genießt die Verfahrensordnung Anwendungsvorrang.

Gendergerechte Sprache: Wo immer möglich, werden im Text männliche und weibliche Formen genannt. Dort, wo eine Aufzählung und in zusammengesetzten Wörtern aufgrund der besseren Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet wird, sind die weibliche oder andere Formen

gleichermaßen mit gemeint.

ANLAGE 1: UNTERNEHMEN

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

ANLAGE 2: KATEGORIEN DES BESCHWERDEVERFAHRENS

Der Fokus des Beschwerdeverfahrens nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) liegt auf Risiken für und Verstößen gegen menschenrechtliche und umweltschutzbezogene Pflichten. Diese Pflichten betreffen folgendes:

MENSCHENRECHTLICHE RISIKEN

Kinderarbeit: Kinder dürfen erst ab einem Mindestalter, d.h. mit dem Erreichen des Endes der Schulpflicht nach dem Recht des Beschäftigungsortes, allerdings frühestens ab 15 Jahren, beschäftigt werden. Produktionsländer können Ausnahmeregelungen in Übereinstimmung mit internationalem Recht (ILOÜbereinkommen 138) treffen. Daneben dürfen Kinder unter 18 Jahren nicht in den schlimmsten Formen der Kinderarbeit beschäftigt werden. Dies umfasst gesundheits-, sicherheits- und sittlichkeitsschädliche Arbeit wie z.B. Tätigkeiten unter Tage, unter Wasser oder mit gefährlichen Maschinen oder Stoffen, Verkauf von Kindern, Kinderhandel, Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten, Heranziehen von Kindern zur Gewinnung von und zum Handeln mit Drogen.

Sklaverei und Zwangsarbeit: Arbeits- und Dienstleistungen, die von einer Person unter Androhung von Strafe verlangt werden und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat, sind verbotene Zwangsarbeit. Ebenfalls untersagt ist die Schuldknechtschaft, bei der etwa Migranten überhöhte Anwerbekosten abarbeiten müssen. Für das Zwangsarbeitsverbot gelten Ausnahmen, etwa für Bürgerpflichten oder im Rahmen von Gefängnisstrafen. Keine Ausnahmen gelten im Bereich der Sklaverei und für ähnliche Praktiken. Im Gegensatz zur Zwangsarbeit ist hier die Herrschaftsausübung nahezu absolut: Nicht nur über die Arbeitskraft, sondern über sämtliche Freiheiten des betroffenen Menschen wird Zwang ausgeübt. Maßgebliche Faktoren zur Bestimmung sind, wie stark Bewegungsfreiheit und Kontrolle über Gegenstände des persönlichen Bedarfs, wie etwa Ausweispapiere oder Mobiltelefone eingeschränkt sind oder ob eine informierte Zustimmung des betroffenen Menschen vorliegt. Weitere Indikatoren sind z. B. Einbehalten von Löhnen, Schaffung unzumutbarer Arbeit- und Lebensverhältnisse durch eine Arbeit unter gefährlichen Bedingungen oder in vom Arbeitgeber gestellten unzumutbaren Unterkünften, Anwendung von Einschüchterungen und Drohungen, exzessives Maß an Überstunden.

Missachtung der Pflichten des Arbeitsschutzes: Gemäß der nach dem Recht des Beschäftigungsortes geltenden Pflichten des Arbeitsschutzes: offensichtlich ungenügende Sicherheitsstandards Einsturzgefährdung von (z. B. Produktionsstätten, ungesicherte Baustellen und Bodenöffnungen, ungenügender Brandschutz oder Gebäudesicherheit, fehlende Fluchtwege und Notausgänge), Fehlen geeigneter Schutzmaßnahmen beim Einsatz gefährlicher Stoffe wie etwa von Pestiziden, ungeeignete Arbeitsorganisation in Bezug auf Arbeitszeiten und Ruhepausen, ungenügende Ausbildung und Unterweisung der Beschäftigten.

Koalitionsfreiheit: Die freie Betätigung von Gewerkschaften ist in Übereinstimmung mit dem nationalen Recht zu gewährleisten. Dabei sind Ausnahmeregelungen wie etwa Streikverbote für Beamte zu beachten (z.B. kann ein Verbot (durch das Unternehmen) der Bildung von Gewerkschaften ein Risiko darstellen).

Ungleichbehandlung in der Beschäftigung aufgrund von nationaler und ethnischer Abstammung, sozialer Herkunft, Gesundheitsstatus, Behinderung, sexueller Orientierung, Alter, Geschlecht, politischer Meinung, Religion oder Weltanschauung ist zu verhindern, sofern sie nicht durch betriebliche Erfordernisse begründet ist. Das LkSG nennt als Beispiel für Ungleichbehandlung die Lohndiskriminierung.

Vorenthalten eines angemessenen Lohns: Erster Indikator ist der nach dem anwendbaren Recht festgelegte Mindestlohn und bemisst sich ansonsten nach dem Recht des Beschäftigungsortes. Der Mindestlohn kann unzureichend sein: Deckt der gezahlte Lohn nicht die Lebenserhaltungskosten Beschäftigter und der Familienangehörigen sowie die örtlichen Leistungen der sozialen Sicherheit, ist er unangemessen, auch wenn er dem geltenden Mindestlohn entspricht.

Herbeiführung von schädlicher Bodenveränderung, Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, Lärmemission oder übermäßigem Wasserverbrauch, die die natürlichen Grundlagen zum Erhalt und der Produktion von Nahrung erheblich beeinträchtigt, einer Person den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser verwehrt, einer Person Zugang zu Sanitäreinrichtungen erschwert oder zerstört oder die Gesundheit einer Person schädigt.

Widerrechtlicher Entzug von Land, Wäldern und Gewässern durch unrechtmäßige Vertreibung und Zwangsumsiedlung: z.B. Bebauung oder anderweitige Nutzung von Land, Wäldern und Gewässern ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung, rechtswidrige Enteignungen (keine angemessene

Entschädigung, kein Verfahren, in dem die Verhältnismäßigkeit geprüft wurde).

Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte: Die Beauftragung oder Nutzung privater oder öffentlicher 10 Sicherheitskräfte zum Schutz des unternehmerischen Projekts ist verboten, wenn aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle seitens des Unternehmens bei dem Einsatz der Sicherheitskräfte das Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung missachtet wird, Leib oder Leben verletzt werden oder die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit beeinträchtigt werden.

Auffangrisiko: Risiken für alle anderen Menschenrechte, wenn besonders schwerwiegende Beeinträchtigungen unmittelbar drohen und die Rechtswidrigkeit bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist. Schwerwiegend können Beeinträchtigungen etwa sein, wenn sie besonders viele Menschen betreffen oder für einzelne Menschen große Nachteile zur Folge hätten oder unumkehrbar wären. Unmittelbarkeit erfordert eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit der Beeinträchtigung des Menschenrechts, die sehr bald eintreten droht.

UMWELTBEZOGENE RISIKEN

Verwendung von Quecksilber in Produkten und Produktion: z.B. Herstellung von mit Quecksilber versetzten Produkten, für die keine Ausnahme gemäß Minamata-Übereinkommen besteht oder die unsachgemäße Entsorgung von Quecksilberabfällen.

Produktion und Verwendung von persistenten organischen Schadstoffen (POPs): POPs (z.B. Produktion und Verwendung von POPs wie z.B. Aldrin, Chlordan, DDT, Dieldrin, Endrin, Heptachlor, Hexachlorbenzen, Mirex, Toxaphen, Dioxine, Furane) sind Stoffe, die in der Natur schwer abbaubar sind, über Luft und Wasser verbreitet werden und durch Nahrungsaufnahme von Lebewesen und Nahrungsketten aufgenommen werden. In höheren Konzentrationen sind sie gesundheits- und umweltschädlich. POPs entstehen etwa als unbeabsichtigte Nebenprodukte bei industriellen Prozessen und sind in bestimmten Pestiziden enthalten. Das LkSG verbietet die Produktion und Verwendung von POPs, es sei denn, dass in der maßgeblichen EU POP-Verordnung eine Ausnahme angeordnet ist. Die Entsorgung von POPs-Abfällen muss umweltgerecht erfolgen.

Import und Export von gefährlichen Abfällen: z.B. Import und Export von gefährlichen Abfällen wie medizinische Abfälle, Altöl, benutzte Batterien, Rückstände aus industriellen Abfällen, Quecksilber und POPs entgegen den Bestimmungen des Basler Übereinkommens.

**Şikâyet prosedürüne ilişkin
prosedür yönetmeliği
("Şikâyet prosedürü" veya "ihbar sistemi")**

Son güncelleme: Nisan 2025

A. GİRİŞ

VINCI Construction GmbH (bundan böyle "biz" olarak anılacaktır) ve EK 1'de listelenen şirketler, kendi ticari faaliyetlerinde ve iş ortakları ve müşterileriyle ilişkilerinde etik ve yasalara uygun davranışa büyük önem vermektedir. Bu nedenle, Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) uyarınca çalışanların, iş ortaklarının, şirketlerin ve diğer etkilenen tarafların insan hakları ve çevreye yönelik riskleri ve Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) uyarınca insan hakları veya çevreye ilişkin yükümlülüklerin ihlallerini bildirmelerini sağlayan bir şikâyet prosedürü oluşturduk.

Şikâyet prosedürü ile, alınan tüm şikâyetlerin şeffaf ve adil bir şekilde araştırılması ve işleme konulması sağlanacaktır.

B. ŞİKÂYETTE BULUNMA HAKKI OLANLAR

Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası çerçevesinde şikâyet prosedürü, ekonomik faaliyetlerimiz ve/veya EK 1'de yer alan bir şirketin ve/veya doğrudan veya dolaylı bir tedarikçinin ekonomik faaliyetleri sonucunda ortaya çıkan insan hakları ve çevreye yönelik risklerin yanı sıra insan hakları veya çevreye ilişkin yükümlülüklerin ihlallerini ihbar etmek isteyen herkese açıktır. Şikâyetçiler örneğin çalışanlar, yükleniciler, doğrudan ve dolaylı tedarikçiler (yani teslimat yapanlar), müşteriler, komşu sakinler, yatırımcılar, diğer şirketler, sivil toplum kuruluşları (STK'lar) veya ilişkisi olmayan kişiler de olabilir. Şikâyetler, kendileri doğrudan veya dolaylı olarak etkilenen şikâyetçiler (kendisi etkilenen şikâyetçiler) veya kendileri etkilenmeyen şikâyetçiler (bilgi veren şikâyetçiler) tarafından sunulabilir.

C. ŞİKAYET PROSEDÜRÜNÜN KONULARI / GÖREV ALANLARI

Şikâyet prosedürü, yukarıda ana hatlarıyla belirtilen (görev) alanında şikâyetle bulunmayı olanaklı kılmaktadır. Yönlendirme amaçlı, şikâyet prosedürünün kapsadığı konular/görev alanlarına ilişkin daha geniş bilgi EK 2'de bulunabilir. Bu nedenle, "VINCI etik tüzüğü ve davranış kuralları", "VINCI işyeri sağlığı ve güvenliği", "VINCI yolsuzluğa karşı davranış kuralları", "VINCI insan hakları kılavuzu" ve "VINCI çevre kılavuzu" ihlal edildiğinde ve/veya ihlal edildiğinden şüphelenilmesi durumunda da şikâyetle bulunulabilir. Yukarıda belirtilen referans belgeler ihbar sisteminin ana sayfasında (<https://eurovia.integrityline.com>) bulunabilir.

D. ÜCRETSİZ OLMA DURUMU

Şikâyet prosedürü her şikâyetçi için ücretsizdir.

E. ŞİKÂYETİN İLETİLMESİ

VINCI Construction Almanya uyumluluk organizasyonunun özel olarak eğitilmiş ve gizliliği korumakla yükümlü çalışanları, ihbar sistemi üzerinden şikâyetleri almaktan sorumludur. İhbar sistemine <https://eurovia.de> adresinden erişilebilir. Şikâyetler ihbar sistemi üzerinden Almanca, İngilizce, Fransızca, Türkçe ve Rusça dillerinde iletilebilir. Şikâyetler ayrıca ihbar sistemine sesli not biçiminde de iletilebilmektedir. İhbar sisteminin bildirim kanalları, günün veya gecenin herhangi bir saatinde kısıtlama olmaksızın şikâyetçilerin kullanımına açıktır.

F. İSİMSİZ İHBARLAR

Şikâyetçiler, yukarıda belirtilen bildirim kanalları üzerinden isimsiz olarak da şikâyetle bulunabilirler.

G. ŞİKÂYET HANGİ BİLGİLERİ İÇERMELİDİR?

Şikâyetin hızlı ve uygun biçimde işleme alınmasını sağlamak için, şikâyetin olabildiğince fazla ilgili bilgi içermesi ve olayın mümkün olduğunca açık bir şekilde anlatılması önem taşımaktadır.

Bu çerçevede örneğin (zorunlu olmamakla birlikte) aşağıdaki bilgiler yardımcı olabilir:

- Tam olarak ne oldu?
- Olay ne zaman veya hangi zaman diliminde oldu veya olay hala devam ediyor mu?
- Olay nerede oldu (örneğin hangi ülkede, hangi şirkette, hangi tedarikçide)?
- Hangi kişiler olaya karıştı?
- Kaç kişi etkilendi?
- Kendiniz de etkilendiniz mi?
- Başka hangi kişiler olaydan haberdar oldu?
- Vücut bütünlüğü ve yaşam için yakın bir tehlike var mı? Çevre için yakın bir tehlike var mı?
- Bu risk veya ihlal daha önce bize bildirildi mi?

H. ALINAN ŞİKÂYETİN İŞLENMESİNE İLİŞKİN SORUMLULUK

İhbar sistemi üzerinden şikâyetleri almakla VINCI Construction Almanya uyum organizasyonunun özel olarak eğitilmiş ve gizliliği korumakla yükümlü çalışanları ilgilendir. Şikâyetlerin işlenmesi sırasında başka kişiler de sürece dâhil olabilir. Bu kişiler, örneğin, durum tespiti yükümlülüklerinin yerine getirilmesine yönelik yaklaşımların koordine edilmesi ve izlenmesi, yönetime raporlama yapılması, belgelendirme yükümlülüklerinin yerine getirilmesi ve yıllık raporun hazırlanmasının yanı sıra LkSG risk yönetim sisteminin etkin bir şekilde uygulanmasının ve sürekli iyileştirilmesinin izlenmesi bağlamında insan hakları sorumlularıdır. Ayrıca, gizlilik yükümlülüğü olan bağımsız kişiler, şikâyet

prosedürünün bir unsuru olarak şikâyetlerin işlenmesine ve şikâyet sürecinin yasal olarak uyumlu bir şekilde belgelendirilmesine dahil olabilir. Buna ek olarak, riske maruz kalmanın düzenli olarak izlenmesi, önleyici tedbirlerin tanımlanması (ve gerekirse uygulanması) ve düzeltici tedbirlerin tanımlanması da dahil olmak üzere, risk analizinin uygulanması ve belgelendirilmesi çerçevesinde ilgili risklerden sorumlu olabilecek riskten sorumlu diğer kişiler de dahil edilebilir. Dahil edilen kişilerin her zaman gizli, uzmanca ve tarafsız bir şekilde hareket etmeleri, bağımsız olmaları ve uzman talimatlarına bağlı olmamaları sağlanır.

I. ŞİKÂyetÇİNİN KORUNMASI

Şikâyetçinin yasalarla uyumlu bir biçimde ayrımcılık ve cezalandırmaya karşı uygun ve etkili bir şekilde korunmasını sağlarız. Bu, şikâyetçinin şikâyetini iyi niyetle yapmış ise ve bu çerçevede, yani şikâyetçinin şikâyetinde bildirdiği bilgilerin doğru olduğuna inanmak için makul gerekçelere sahip ise, geçerlidir. Şikâyetçinin korunması ancak yasal etkimiz izin verdiği **ölçüde** sağlanabilir. Kınama, damgalama veya önyargı kültürüne hiçbir şekilde müsaade etmeyiz. Ancak, yanlış ve/veya yanıltıcı bilgilerin bilerek aktarıldığının kanıtlanması halinde (örneğin bilerek asılsız şüpheye yol açma) disiplin ve/veya özel hukuk ve/veya ceza hukuku yaptırımlarını kontrol etme hakkını saklı tutarız. Şikâyetçinin ve şikâyetinde adı geçen olası üçüncü tarafların kimliklerinin gizliliğinin korunmasını ve yetkisiz kişilerin bu bilgilere erişiminin olmamasını sağlarız. Şikâyetçi, şikâyet prosedürünü kullanmasının sonucu olarak herhangi bir mağduriyet yaşamamalıdır. Alınan tüm şikâyetler, yasal veri koruma şartlarına uygun olarak işlenir. Yasal bir zorunluluk veya mahkeme talimatı ya da resmi bir talimat nedeniyle gerekli olması veya suç işlendiğine dair yeterli şüphenin bulunması halinde kimlik bilgileri yetkili makamlara iletebilir.

J. ŞİKÂyet PROSEDÜRÜNÜN AYRINTILARI

Alınan tüm şikâyetler şikâyet prosedürü çerçevesinde özenle incelenir ve işleme alınır. Kural olarak, işlem aşağıdaki adımlarda gerçekleşir:

Şikâyetin alındığına dair teyit

Şikâyetçi, kurulan bildirim kanalı üzerinden şikâyetin alındığına dair gecikmeksizin teyit alır. Bildirim posta yoluyla gönderilirse, şikâyet sahibine posta yoluyla teyit gönderilir.

Şikâyetçi, şikâyetini göndermek için başka, öngörülmemeyen bir kanal seçerse, alındı teyidi gönderme yükümlülüğümüz ortadan kalkar.

Şikâyetin kontrolü

Her şikâyetin gerekçesi kontrol edilir. Şikâyetlerde, gerekli olduğu takdirde şikâyetçi ile olay

görüülür. Olayın incelenmesi sonucunda Őikâyetin gerekçeli olduđu ortaya çıkarsa, uygun önleyici ve/veya düzeltici tedbirler alırız. Őikâyetin gerekçesiz olması halinde ise prosedürü sonlandırırız. Bir Őikâyet, bizimle veya EK 1'de yer alan bir Őirketle ilgili değılse, Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası uyarınca insan hakları veya çevreye yönelik risk mevcut değılse, Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası'na göre insan haklarına veya çevreye ilişkin yükümlölükler çiğnenmemiŐse ve de C altında belirtilen referans belgelerinin ihlali yoksa genellikle asılsızdır.

Őikâyet prosedürünün durumu ve sonucu hakkında bilgilendirme

Őikâyetçi, soruŐturmanın taktiksel nedenleri açısından mümkün olduđu ölçüde, Őikâyetinin iŐlenmesi hakkında düzenli olarak bilgilendirilir. Prosedürler oldukça bireysel ve karmaŐık olabileceğinden, Őu anda prosedürlerin sonuçlanmış olacağı kesin bir zaman dilimi belirtebilecek durumda değıliz. Bununla birlikte, Őikâyetleri hızlı bir Őekilde iŐlemeye ve prosedür tamamlandıktan sonra Őikâyetçiye incelemenin sonucu ve planlanan veya halihazırda başlatılmış olan önleyici ve/veya düzeltici tedbirler hakkında bilgi vermeye gayret ediyoruz. Buna göre, Őikâyetin gerekçesiz olması nedeniyle prosedürün durdurulması halinde de Őikâyetçi bilgilendirilecektir. Bu iç soruŐurmalar ve/veya incelemeler Őikâyete konu olan veya Őikâyette adı geçen kiŐilerin haklarını etkileyecek ve/veya zedeleyecekse bilgi verilmeyecektir. Bilgilendirme yükümlölüğü, Őikâyetçinin isimsiz olması veya iletişim bilgilerinin olmaması nedeniyle iletişim kurmanın olanaklı olmadığı durumlarda da ortadan kalkar. Őikâyetçi ihbar sistemini kullanarak Őikâyette bulunmuşsa, Őikâyet ihbar sistemindeki kiŐisel posta kutusu aracılığıyla da takip edilebilir.

Őikâyet prosedürü tamamlandıktan sonra iletişim

Őikâyetçilerin mağduriyetlerine karşı uygun ve etkili bir koruma sağılamak istiyoruz. Bu çerçevede, prosedürün tamamlanmasından sonra Őikâyetçiyle irtibata geçilmesi ve Őikâyet prosedürüyle bağlantılı olarak kendisine baskı yapıp yapılmadığının veya başka mağduriyetlere maruz kalıp kalmadığının sorulması söz konusu olabilir. Őikâyetçinin alınan önleyici ve/veya düzeltici tedbirlerin etkinliğı hakkında bilgi verip veremeyeceğı de sorulabilir. Her halükârda, Őikâyetçinin kimliğinin gizli kalması veya iletişim bilgilerinin bulunmaması nedeniyle bunun mümkün olmadığı veya Őikâyetçinin bu Őekilde iletişime geçilmesini reddettiğı durumlarda iletişime geçilmez. Bu temas kurulduktan sonra baskılara karşı koruma sağılamak için, Őikâyetçi prosedür tamamlandıktan sonra herhangi bir zamanda bildirim kanallarından biri aracılığıyla bizimle tekrar temasa geçebilir ve Őikâyetlerini belirtebilir. Bu durumda, baskılara veya misilleme niteliğindeki uygulamalara son vermek ve böylece Őikâyetçiye korumak için önlemler alınacaktır.

K. BİLGİLER İÇİN SAKLAMA SÜRESİ

Yasal hükümler, özellikle de Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası'nın 10. maddesi uyarınca, gelen şikâyetleri ve sonraki prosedürü belgelendirmek ve belgelendirmeyi oluşturulma tarihinden itibaren en az yedi yıl boyunca saklamakla yükümlüyüz. Kaydedilen kişisel verilerin saklanması, yürürlükteki veri koruma mevzuatına uygun olarak gerçekleştirilir. Verilerin daha fazla kaydedilmesinde haklı bir menfaat yoksa, veriler asgari saklama süresinden sonra silinecektir.

L. Diğer bilgiler

Şikâyetçi, özellikle ihbar sisteminin teknik kullanımına ilişkin daha fazla bilgiyi ihbar sisteminin web sitesinde verilen bilgilerde bulabilir. Yönetmelik ve/veya talimatların işbu prosedür yönetmeliği hükümleriyle çelişmesi halinde, prosedür yönetmeliği uygulamada öncelikli olacaktır.

Cinsiyet eşitliğine uygun dil: Metinde mümkün olan her yerde erkek ve kadın biçimleri kullanılmıştır. Okunabilirlik nedeniyle sayarken veya birleşik kelimelerde yalnızca eril formun kullanıldığı durumlarda, dişil veya diğer formlar eşit olarak anlaşılmalıdır.

EK 1: ŞİRKETLER

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (önceden: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg

- Schopf GmbH
- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

EK 2: ŞİKÂyet PROSEDÜRÜNÜN KATEGORİLERİ

Tedarik Zinciri Durum Tespiti Yasası (LkSG) kapsamındaki şikâyet prosedürü, insan hakları ve çevre koruma yükümlülüklerine yönelik risklere ve bunların ihlallerine odaklanmaktadır. Bu yükümlülükler aşağıdakilerle ilgilidir:

İNSAN HAKLARINA YÖNELİK RİSKLER

Çocuk işçiliği: Çocuklar ancak asgari bir yaştan itibaren, yani çalıştırıldıkları yerin yasalarına göre zorunlu eğitimin sonuna ulaştıklarında, ancak en erken 15 yaşından itibaren çalıştırılabilirler. Üretici ülkeler uluslararası hukuka uygun olarak istisnalar yapabilirler (ILO Sözleşmesi 138). Ayrıca, 18 yaşın altındaki çocuklar, çocuk işçiliğinin en kötü biçimlerinde çalıştırılmazlar. Bu, yeraltında, su altında veya tehlikeli makine veya maddelerle çalışma, çocuk satışı, çocuk ticareti, çocukların silahlı çatışmalarda kullanılmak üzere zorla veya zorunlu olarak askere alınması, çocukların uyuşturucu üretimi ve kaçakçılığı için kullanılması gibi sağlığa zararlı, güvenlik ve ahlaka aykırı işleri içerir.

Kölelik ve zorla çalıştırma: Bir kişiden ceza tehdidi altında talep edilen ve kişinin gönüllü olarak hazır bulunmadığı iş ve hizmetler zorla çalıştırmadır. Örneğin, göçmenlerin aşırı yüksek işe alım masraflarını çalışarak ödemek zorunda kaldıkları borç köleliği de yasaktır. Zorla çalıştırma yasağının, örneğin vatandaşlık görevleri veya hapis cezaları çerçevesinde istisnaları vardır. Kölelik ve benzeri uygulamalar için herhangi bir istisna söz konusu değildir. Zorla çalıştırmanın aksine, burada güç kullanımı neredeyse mutlaklıdır: Sadece işgücü üzerinde değil, ilgili kişinin tüm özgürlükleri üzerinde zorlama uygulanır. Bunu belirlemek için belirleyici faktörler, hareket özgürlüğü ve kimlik belgeleri veya cep telefonları gibi kişisel ihtiyaç nesneleri üzerindeki kontrolün ne ölçüde kısıtlandığı veya ilgili kişinin bilgilendirilmiş onay verip vermediğidir. Diğer göstergeler arasında ücretlerin alıkonulması, tehlikeli koşullarda veya işveren tarafından sağlanan kabul edilemez konaklama yerlerinde çalışarak kabul edilemez çalışma ve yaşam koşulları yaratılması, gözdağı ve tehdit kullanılması, aşırı miktarda fazla mesai gibi unsurlar yer alır.

İş sağlığı ve güvenliği yükümlülüklerine uyulmaması: Çalışma yerinin yasalarına göre geçerli iş sağlığı ve güvenliği yükümlülüklerine uyarınca: Açıkça yetersiz güvenlik standartları, çökme riski (örneğin üretim tesisleri için, güvenli olmayan inşaat alanları ve zemin açıklıkları, yetersiz yangın koruması veya bina güvenliği, kaçış yollarının ve acil çıkışların olmaması), pestisitler gibi tehlikeli maddelerin kullanımı sırasında uygun koruyucu önlemlerin alınmaması, çalışma saatleri ve dinlenme molaları açısından uygun olmayan iş organizasyonu, çalışanların yetersiz eğitimi ve bilgilendirilmesi.

Örgütlenme özgürlüğü: Sendikaların serbestçe faaliyet göstermesi ulusal hukuka uygun olarak güvence altına alınmalıdır. Diğer yandan devlet memurları için grev yasakları gibi istisnalar göz önünde bulundurulmalıdır (örneğin, sendikaların kurulmasının (şirket tarafından) yasaklanması bir risk oluşturabilir).

Ulusal ve etnik köken, sosyal köken, sağlık durumu, engellilik, cinsel yönelim, yaş, cinsiyet, siyasi görüş, din veya dünya görüşü nedeniyle **istihdamda eşit olmayan muamele**, işletme gereksinimleri tarafından gerekçelendirilmediği sürece önlenmelidir. LkSG, eşit olmayan muameleye örnek olarak ücret ayrımcılığını göstermektedir.

Uygun bir ücretin verilmemesi: İlk gösterge yürürlükteki mevzuat tarafından belirlenen asgari ücrettir ve aksi takdirde çalışma yerinin mevzuatı ölçüt alınır. Asgari ücret yetersiz olabilir: Ödenen ücret, çalışanların ve aile üyelerinin geçim masraflarını ve yerel sosyal güvenlik ödemelerini karşılamıyorsa, geçerli asgari ücrete tekabül etse bile yetersizdir.

Gıdanın korunması ve üretimi için doğal temelleri önemli ölçüde bozan, kişinin güvenli içme suyuna erişimini engelleyen, kişinin sağlık tesislerine erişimini zorlaştıran veya ortadan kaldıran veya kişinin sağlığına zarar veren **zararlı toprak değişikliğine, su kirliliğine, hava kirliliğine, gürültü emisyonuna veya aşırı su tüketimine neden olma**.

Yasa dışı sürülme ve zorla yeniden yerleştirme yoluyla arazi, orman ve sulardan gayri meşru olarak yoksun bırakılma: Örneğin, yerel nüfusun katılımı olmadan arazi, orman ve suların imara açılması veya başka şekilde kullanılması, yasaya aykırı kamulaştırmalar (yeterli tazminat ödenmemesi, orantılılığın denetlendiği bir prosedürün olmaması).

Güvenlik güçleri tarafından gücün kötüye kullanılması: İşkence ve zalimane, insanlık dışı veya aşağılayıcı muamele yasağının ihlal edilmesi, vücut bütünlüğü veya yaşamın zarar görmesi veya

güvenlik güçlerini görevlendirirken şirketin bilgilendirme veya kontrol eksikliği nedeniyle örgütlenme ve sendika özgürlüğünün zarar görmesi durumunda, şirketin projesini korumak için özel veya kamu güvenlik güçlerinin görevlendirilmesi veya kullanılması yasaktır.

Kapsayıcı risk: Özellikle ciddi ihlallere yönelik yakın bir tehdit varsa ve ilgili tüm koşullar makul bir şekilde değerlendirildiğinde hukuka aykırılık açıksa, diğer tüm insan hakları için riskler. Örneğin, özellikle çok sayıda insanı etkiliyorsa veya tek tek insanlar için büyük mağduriyetlere yol açacaksa veya geri döndürülemez olacaksa, ihlaller ciddi olabilir. Yakın olma durumu, insan hakkının zarar görmesi ihtimalinin özellikle yüksek olmasını ve bu zararın çok yakında gerçekleşme tehdidinin bulunmasını gerektirir.

ÇEVREYE İLİŞKİN RİSKLER

Ürünlerde ve üretimde cıva kullanımı: Örneğin Minamata Sözleşmesi uyarınca istisnası mevcut olmayan cıva katkılı ürünlerin üretimi veya cıva atıklarının uygunsuz şekilde bertaraf edilmesi.

Kalıcı organik kirleticilerin (KOK'lar) üretimi ve kullanımı: KOK'lar (örneğin aldrin, klordan, DDT, dieldrin, endrin, heptaklor, heksaklorobenzen, mireks, toksafen, diyoksin, furans gibi KOK'ların üretimi ve kullanımı) doğada parçalanması zor olan, hava ve su yoluyla yayılan ve sindirim yoluyla canlı organizmalar ve gıda zincirleri tarafından alınan maddelerdir. Yüksek konsantrasyonlarda sağlık ve çevre için zararlıdır. KOK'lar endüstriyel süreçlerin istenmeyen yan ürünleri olarak ortaya çıkar ve bazı pestisitlerde bulunur. LkSG, ilgili AB KOK Yönetmeliğinde bir istisna öngörülmediği sürece KOK'ların üretimini ve kullanımını yasaklamaktadır. KOK atıkları çevreye zarar vermeyecek şekilde bertaraf edilmelidir.

Tehlikeli atıkların ithalatı ve ihracatı: Basel Sözleşmesi hükümlerine aykırı olarak örneğin, tıbbi atık, kullanılmış yağ, kullanılmış piller, endüstriyel atık kalıntıları, cıva ve KOK'lar gibi tehlikeli atıkların ithalatı ve ihracatı.

**Reglamento interno para el
procedimiento de denuncia
(«Procedimiento de denuncia» o también «Sistema de información»)**

Versión: Abril de 2025

M. INTRODUCCIÓN

El comportamiento ético y legal es de gran importancia para VINCI Construction GmbH (en lo sucesivo, «nosotros») y las empresas indicadas en el ANEXO 1 en sus propias actividades empresariales y en sus relaciones con sus socios comerciales y clientes. Por esta razón, hemos establecido un procedimiento de denuncia que permite a los empleados, socios comerciales, empresas y otras partes afectadas informar sobre los riesgos para los derechos humanos y el medio ambiente y las violaciones de las obligaciones en materia de derechos humanos o medio ambiente conforme a la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro. El objetivo del procedimiento de denuncia es garantizar que todas las denuncias recibidas sean investigadas y tramitadas de forma transparente y justa.

N. PERSONAS AUTORIZADAS A PRESENTAR UNA DENUNCIA

En el marco de la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro, el procedimiento de denuncia está abierto a cualquier persona que desee llamar la atención sobre los riesgos para los derechos humanos y el medio ambiente, así como sobre las violaciones de las obligaciones relacionadas con los derechos humanos o el medio ambiente, que hayan surgido como consecuencia de nuestras actividades empresariales y/o de las actividades empresariales de una empresa incluida en el ANEXO 1 y/o de un proveedor directo o indirecto. Los demandantes pueden ser, por ejemplo, empleados, contratistas, proveedores directos e indirectos, clientes, vecinos, inversores, otras empresas, organizaciones no gubernamentales (ONG) o incluso personas no implicadas. Las denuncias pueden ser presentadas por demandantes directa o indirectamente afectados (demandantes personalmente afectados) o por demandantes no afectados (demandantes informantes).

O. TEMAS / ÁREAS TEMÁTICAS DEL PROCEDIMIENTO DE DENUNCIA

El procedimiento de denuncia permite presentar denuncias en las áreas (temáticas) arriba mencionadas. A título orientativo, en el ANEXO 2 se facilita más información sobre cada uno de los temas/las áreas temáticas cubiertas por el procedimiento de denuncia. Por lo tanto, también se pueden presentar denuncias en caso de sospecha de violaciones y/o infracciones del «Código de Ética y Comportamientos de VINCI», la «Salud y seguridad en el Trabajo de VINCI», el «Código de Conducta Anticorrupción de VINCI», la «Guía de Derechos Humanos de VINCI» y la «Guía Medioambiental de VINCI». Los documentos de referencia arriba mencionados pueden consultarse en la página web del sistema de información (<https://eurovia.integrityline.com>).

P. GRATUIDAD

El procedimiento de denuncia es gratuito para todos los demandantes.

Q. PRESENTACIÓN DE UNA DENUNCIA

Las denuncias presentadas a través del sistema de información son recibidas por unos empleados de la organización de compliance de VINCI Construction Deutschland, que han recibido una formación especial y que están obligados a mantener la confidencialidad. Se puede acceder al sistema de información en <https://eurovia.de>. Las denuncias pueden ser presentadas a través del sistema de información en alemán, inglés, francés, turco y ruso. Las denuncias también pueden ser presentadas en forma de nota de voz en el sistema de información. Los canales de información del sistema de información están a disposición de los demandantes sin restricción alguna las veinticuatro horas al día.

R. AVISOS ANÓNIMOS

Los demandantes también pueden presentar una denuncia de forma anónima a través de los canales de información antes mencionados.

S. ¿QUÉ INFORMACIÓN DEBERÍA CONTENER UNA DENUNCIA?

Para que la denuncia sea tramitada con rapidez y de forma adecuada, es recomendable que la denuncia incluya toda la información relevante posible y que el incidente sea descrito con la mayor precisión posible.

La siguiente información, por ejemplo, puede ser útil (pero sin ser obligatoria):

- ¿Qué sucedió concretamente?
- ¿Cuándo o en qué periodo de tiempo se produjo el incidente o sigue produciéndose?
- ¿Dónde sucedió el incidente (por ejemplo, en qué país, en qué empresa, con qué proveedor)?
- ¿Qué personas están implicadas?
- ¿Cuántas personas están afectadas?
- ¿Está usted afectado personalmente?
- ¿Qué otras personas han tenido conocimiento del incidente?
- ¿Existe un peligro inmediato para la vida o la integridad física? ¿Existe un riesgo inmediato para el medio ambiente?
- ¿Ya hemos sido informados del riesgo o la infracción?

T. COMPETENCIA PARA LA TRAMITACIÓN DE UNA DENUNCIA RECIBIDA

Las denuncias presentadas a través del sistema de información son recibidas por unos empleados de la organización de Compliance de VINCI Construction Deutschland, que han recibido una

formación especial y que están obligados a mantener la confidencialidad. En el marco de la tramitación de las denuncias es posible que intervengan otras personas. Entre estas personas se incluyen, por ejemplo, el encargado de derechos humanos en el marco de la coordinación y supervisión de los planteamientos para el cumplimiento de las obligaciones de diligencia debida, la presentación de informes a la dirección, el cumplimiento de las obligaciones de documentación y la elaboración del informe anual, así como la supervisión de la aplicación efectiva del sistema de gestión de riesgos de la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro y su mejora continua. Además, en la tramitación de la denuncia pueden participar personas independientes obligadas a mantener la confidencialidad, en el marco del procedimiento de denuncia y de la documentación del proceso de denuncia conforme a la legislación. Además, es posible implicar a otras personas responsables para los riesgos, que pueden ser competentes en el marco de la realización y documentación del análisis de riesgos para los respectivos riesgos, incluidos el monitoreo periódico de la exposición al riesgo, la definición (y, si procede, la implementación) de medidas preventivas y la definición de medidas correctivas. Siempre se garantiza que las personas implicadas actúen de forma confidencial, experta e imparcial, que sean independientes y no estén sujetas a instrucciones profesionales.

U. PROTECCIÓN DEL DEMANDANTE

Garantizamos a los demandantes una protección adecuada y eficaz contra la discriminación y la penalización de conformidad con las disposiciones legales. Esto se aplica si y en la medida en que el demandante haya presentado la denuncia de buena fe, es decir, si tenía motivos razonables para creer que la información facilitada en la denuncia era cierta. La protección del demandante sólo puede garantizarse **en la medida de** nuestra influencia legal. No permitimos ninguna cultura de reproche, estigmatización o prejuicio. No obstante, en caso de que se demuestre que se ha transmitido conscientemente información falsa y/o engañosa (por ejemplo, acusaciones conscientemente falsas), nos reservamos el derecho a examinar la posibilidad de tomar medidas disciplinarias y/o civiles y/o penales. Garantizamos la confidencialidad de la identidad del demandante y de los posibles terceros indicados en la denuncia y aseguramos que las personas no autorizadas no tengan acceso a esta información. El demandante no debe sufrir ninguna desventaja por recurrir al procedimiento de denuncia. Todas las denuncias recibidas se tramitan conforme a la normativa legal de protección de datos. La información sobre la identidad puede ser transmitida a las autoridades competentes si es necesario debido a una obligación legal o una orden judicial u oficial, o si hay sospechas fundadas de que se ha cometido un delito.

V. PROCEDIMIENTO DE DENUNCIA EN DETALLE

Todas las denuncias recibidas son examinadas cuidadosamente y tramitadas en el marco del procedimiento de denuncia. Por regla general, la tramitación se realiza en los siguientes pasos:

Acuse de recibo de la denuncia

El demandante recibe una confirmación inmediata de la recepción de la denuncia a través del canal de denuncia establecido. Si la denuncia se presenta por correo, el denunciante recibirá una confirmación postal.

Si el demandante opta por otro canal no previsto para la presentación de su denuncia, no estamos obligados a enviar un acuse de recibo.

Examen de la denuncia

Se examinará el carácter fundado de cada denuncia. Cuando se presenta una denuncia, en la medida necesaria, los hechos son debatidos con el demandante. Si, una vez examinados los hechos, se constata que la denuncia está fundada, tomaremos las medidas preventivas y/o correctivas adecuadas. En caso de que la denuncia no esté justificada, cerramos el procedimiento. Una denuncia se considera injustificada cuando no tiene ninguna relación con nosotros o con una empresa mencionada en el ANEXO 1, no existe ningún riesgo relacionado con los derechos humanos ni con el medio ambiente según la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro, ni tampoco se ha producido ninguna violación de las obligaciones relacionadas con los derechos humanos y el medio ambiente según la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro, ni se ha producido ninguna infracción de los documentos de referencia mencionados en el Punto C.

Información sobre el estado actual y el resultado del procedimiento de denuncia

El demandante será informado periódicamente sobre la tramitación de su denuncia, siempre que sea posible por motivos relacionados con la investigación. Dado que los procedimientos pueden ser muy individuales y complejos, actualmente no estamos en condiciones de indicar un plazo definitivo para su conclusión. No obstante, nos esforzamos por tramitar las denuncias con rapidez y, una vez concluido el procedimiento, informar al denunciante sobre el resultado de la investigación y sobre las medidas preventivas y/o correctivas previstas o ya adoptadas. También se informará al demandante si el procedimiento ha sido cerrado por falta de fundamento de la denuncia. No se informará si estas investigaciones internas y/o indagaciones afectan y/o perjudican los derechos de las personas objeto de la denuncia y/o mencionadas en ella. Tampoco habrá obligación de informar en los casos en los que no sea posible ponerse en contacto con el demandante debido a su anonimato o a la falta de datos de contacto. Si el demandante ha presentado la denuncia utilizando el sistema de información, también se podrá hacer un seguimiento de la denuncia a través de un buzón personal en el sistema de información.

Contacto después de la finalización del procedimiento de denuncia

Queremos garantizar al demandante una protección adecuada y eficaz contra cualquier perjuicio. Ante este trasfondo, es posible que, una vez concluido el procedimiento, se establezca contacto con el demandante para preguntarle si ha sido objeto de represalias o de cualquier otro perjuicio en relación con el procedimiento de denuncia. También se le puede preguntar si puede proporcionar información sobre la eficacia de las medidas preventivas y/o correctivas adoptadas. En cualquier caso, no se establecerá contacto en aquellos casos en los que no sea posible debido al anonimato o a la falta de datos de contacto del demandante, o si este se niega a ser contactado. Con el fin de garantizar la protección contra represalias también después de este contacto, el demandante podrá volver a ponerse en contacto en cualquier momento tras la finalización del procedimiento a través de uno de los canales de denuncia y señalar cualquier deficiencia. A continuación, se adoptarán medidas para poner fin a las represalias o medidas de retorsión y proteger así al demandante.

W. PLAZO DE CONSERVACIÓN DE LA INFORMACIÓN

De conformidad con las disposiciones legales, en particular con el Artículo 10 de la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro, estamos obligados a documentar las reclamaciones recibidas y el procedimiento posterior, y a conservar la documentación durante al menos siete años a partir de la fecha de su elaboración. La conservación de los datos personales almacenados se realiza de conformidad con la normativa aplicable en materia de la protección de datos. Si no existe un interés legítimo para seguir conservando los datos, estos serán borrados después del período mínimo de conservación.

X. Otros avisos

El demandante puede encontrar más avisos, en particular sobre el uso técnico del sistema de información, en la información disponible en el sitio web del sistema de información. En caso de que las normas y/o avisos sean contrarios a las disposiciones del presente Reglamento, prevalecerá el Reglamento.

Lenguaje inclusivo en cuanto al género: Siempre que sea posible, se utilizan en el texto formas masculinas y femeninas. En caso de que se utilice únicamente la forma masculina en enumeraciones y en términos compuestos, por motivos de legibilidad, se entenderán incluidas igualmente la forma femenina u otras formas.

ANEXO 1: EMPRESAS

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

ANEXO 2: CATEGORÍAS DEL PROCEDIMIENTO DE DENUNCIA

El procedimiento de denuncia en virtud de la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro se centra en los riesgos y violaciones de las obligaciones relativas a los derechos humanos y la protección del medio ambiente. Estas obligaciones se refieren a los siguientes aspectos:

RIESGOS RELATIVOS A LOS DERECHOS HUMANOS

Trabajo infantil: Los menores sólo pueden ser empleados a partir de una edad mínima, es decir, cuando alcanzan el final de la escolarización obligatoria según la legislación del lugar de empleo, pero no antes de los 15 años. Los países productores pueden establecer excepciones conforme a la legislación internacional (Convenio 138 de la OIT). Además, los menores de 18 años no pueden ser empleados en las peores formas de trabajo infantil. Esto incluye el trabajo perjudicial para la salud, la seguridad y la moral, como el trabajo minero, bajo el agua o con máquinas o sustancias peligrosas, la venta de niños, la trata de niños, el reclutamiento forzoso u obligatorio de niños para utilizarlos en conflictos armados, la utilización de niños para la producción y el tráfico de drogas.

Esclavitud y trabajo forzoso: El trabajo y los servicios que se exigen a una persona bajo amenaza de castigo y para los que no se ha ofrecido voluntariamente son trabajo forzoso prohibido. También está prohibido el trabajo en régimen de servidumbre, en el que, por ejemplo, los migrantes tienen que pagar unos costes de contratación excesivos. Hay excepciones a la prohibición del trabajo forzoso, por ejemplo para cumplir deberes cívicos o en el marco de penas de prisión. No se aplican excepciones con respecto a la esclavitud y prácticas similares. A diferencia del trabajo forzoso, en este caso el ejercicio del poder es casi absoluto: La coacción se ejerce no sólo sobre la fuerza de trabajo, sino sobre todas las libertades de la persona afectada. Los factores decisivos para determinar esto son el grado de restricción de la libertad de movimiento y el control sobre objetos de uso personal, como documentos de identidad o teléfonos móviles o si la persona afectada ha dado su consentimiento informado. Otros indicadores son la retención del salario, la creación de condiciones de trabajo y de vida inaceptables mediante el trabajo en condiciones peligrosas o en alojamientos inaceptables proporcionados por el empleador, el uso de intimidación y amenazas, un número excesivo de horas extraordinarias.

Incumplimiento de las obligaciones relativas a la salud y la seguridad en el trabajo: Conforme a las obligaciones relativas a la salud y la seguridad en el trabajo aplicables según la legislación del lugar de trabajo: Normas de seguridad claramente insuficientes (por ejemplo riesgo de derrumbamiento de edificios de producción, obras de construcción y aberturas en el suelo no aseguradas, protección

contra incendios o seguridad de los edificios insuficientes, falta de vías de evacuación y salidas de emergencia), falta de medidas de protección adecuadas para la utilización de sustancias peligrosas como pesticidas, organización inadecuada del trabajo en lo que respecta a la jornada laboral y los tiempos de descanso, insuficiente formación e instrucción de los empleados.

Libertad de asociación: La libre actividad de los sindicatos tiene que estar garantizada de acuerdo con la legislación nacional. Hay que respetar excepciones como la prohibición de huelga de los funcionarios (por ejemplo, la prohibición (por parte de la empresa) de la creación de sindicatos puede suponer un riesgo).

Es preciso evitar la **desigualdad de trato en el empleo** por motivos de origen nacional, étnico y social, el estado de salud, una discapacidad, la orientación sexual, la edad, el sexo, las opiniones políticas, la religión o la ideología, a no ser que esté justificada por necesidades operativas. Como ejemplo de desigualdad de trato, la Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro menciona la discriminación salarial.

Retención de un salario adecuado: El primer indicador es el salario mínimo establecido por la legislación aplicable y, por lo demás, se cuantifica conforme a la legislación del lugar de empleo. El salario mínimo puede ser insuficiente: Si el salario pagado no cubre el coste de vida de los empleados y los miembros de su familia, así como las prestaciones locales de la seguridad social, es insuficiente, incluso si corresponde al salario mínimo aplicable.

Provocar cambios perjudiciales en el suelo, contaminación del agua, contaminación del aire, emisión de ruidos o consumo excesivo de agua que dañen significativamente la base natural para la conservación y producción de alimentos, impidan el acceso de una persona al agua potable, impidan o destruyan el acceso de una persona a instalaciones sanitarias o perjudiquen la salud de una persona.

Privación ilegal de tierras, bosques y aguas mediante desplazamientos ilegales y traslados forzados: Por ejemplo, urbanización o uso de tierras para otros fines, bosques y aguas sin la implicación de la población local, expropiación ilegal (sin indemnización adecuada, sin procedimiento que haya examinado la proporcionalidad).

Abuso de poder por las fuerzas de seguridad: Queda prohibido contratar o utilizar fuerzas de

seguridad privadas o públicas para proteger el proyecto de la empresa si, a causa de la falta de instrucción o control por parte de la empresa, el uso de las fuerzas de seguridad viola la prohibición de tortura y tratos crueles, inhumanos o discriminatorios, lesiona la vida o la integridad física o perjudica la libertad de asociación y de organizarse.

Riesgo general: Riesgos para todos los demás derechos humanos en caso de que exista una deficiencia especialmente grave y la ilegalidad sea evidente cuando se evalúen razonablemente todas las circunstancias correspondientes. Las deficiencias pueden ser graves, por ejemplo, si afectan a un número especialmente elevado de personas o pueden provocar desventajas importantes a personas concretas o ser irreversibles. La inmediatez requiere una probabilidad especialmente alta de deficiencia para el derecho humano que corra el riesgo de producirse muy pronto.

RIESGOS RELATIVOS AL MEDIO AMBIENTE

Uso de mercurio en productos y en la producción: Por ejemplo, la fabricación de productos con mercurio añadido para los que no existe exención según el Convenio de Minamata o la eliminación inadecuada de residuos de mercurio.

Producción y uso de contaminantes orgánicos persistentes (COP): Los COP (por ejemplo, la producción y el uso de COP como aldrina, clordano, DDT, dieldrina, endrina, heptacloro, hexaclorobenceno, mirex, toxafeno, dioxinas y furanos) son sustancias de difícil descomposición en la naturaleza, que se propagan por el aire y el agua y son absorbidas por los organismos vivos y las cadenas alimentarias a través de la ingestión de alimentos. En concentraciones más elevadas, son perjudiciales para la salud y el medio ambiente. Los COP se generan como subproductos no intencionados de procesos industriales y están contenidos en determinados pesticidas. La Ley Alemana de Diligencia Debida en la Cadena de Suministro prohíbe la producción y el uso de COP, a no ser que el correspondiente Reglamento de la UE sobre COP estipule una excepción. La eliminación de residuos de COP tiene que realizarse de forma respetuosa con el medio ambiente.

Importación y exportación de residuos peligrosos: Por ejemplo, la importación y exportación contrarias a las disposiciones del Convenio de Basilea de residuos peligrosos como residuos médicos, aceite usado, pilas usadas, residuos de desechos industriales, mercurio y COP.

Regulamin
procedury składania skarg
(„procedura składania skarg” lub „system sygnalistów”)

Stan: kwiecień 2025 r.

Y. WSTĘP

VINCI Construction GmbH (zwana dalej „my”) oraz spółki wymienione w ZAŁĄCZNIKU 1 przywiązują dużą wagę do etycznego i zgodnego z prawem postępowania w ramach własnej działalności biznesowej oraz w relacjach z partnerami biznesowymi i klientami. Z tego względu opracowaliśmy procedurę składania skarg, która umożliwia pracownikom, partnerom biznesowym, firmom i innym zainteresowanym stronom, zgodnie z niemiecką Ustawą o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz LkSG), zgłaszanie zagrożeń dla praw człowieka i ochrony środowiska oraz naruszeń praw człowieka lub zobowiązań środowiskowych. Celem niniejszej procedury jest zapewnienie, aby wszystkie wpływające skargi były badane i rozpatrywane w przejrzysty i sprawiedliwy sposób.

Z. OSOBY UPRAWNIONE DO ZŁOŻENIA SKARGI

W ramach Ustawy o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw procedura składania skarg jest otwarta dla każdego, kto chce wskazać zagrożenia dla praw człowieka i środowiska, a także naruszenia praw człowieka lub zobowiązań środowiskowych, które powstały w wyniku naszych działań gospodarczych i/lub działań gospodarczych spółek wymienionych w ZAŁĄCZNIKU 1 i/lub bezpośredniego lub pośredniego dostawcy. Skargi mogą składać na przykład pracownicy, wykonawcy, bezpośredni i pośredni dostawcy, klienci, mieszkańcy, inwestorzy, inne spółki, organizacje pozarządowe, a nawet osoby niezaangażowane. Mogą to być osoby, które są bezpośrednio lub pośrednio poszkodowane (składający skargę poszkodowani) lub osoby, które nie są poszkodowane (składający skargę informujący).

AA. TEMATY / ZAKRES PROCEDURY ZGŁASZANIA SKARG

Procedura umożliwia złożenie skargi w odniesieniu do wyżej wymienionych aspektów (zakresów). Więcej informacji o poszczególnych tematach/obszarach podlegających procedurze składania skarg można znaleźć w ZAŁĄCZNIKU 2. Skargi można również zgłaszać w przypadku podejrzenia naruszenia i/lub naruszenia „Kodeksu Etyki i Zasad Postępowania VINCI”, „Zasad Bezpieczeństwa i Higieny Pracy VINCI”, „Kodeksu przeciwdziałania korupcji VINCI”, „Przewodnika Praw Człowieka VINCI” i „Przewodnika Ochrony Środowiska VINCI”. Wyżej wymienione dokumenty referencyjne znajdują się na stronie dla sygnalistów (<https://eurovia.integrityline.com>).

BB. BEZPŁATNE

Procedura składania skarg jest bezpłatna dla każdego zgłaszającego.

CC. ZGŁOSZENIE SKARGI

Za przyjmowanie zgłoszeń incydentów za pośrednictwem systemu dla sygnalistów odpowiedzialni są specjalnie przeszkoleni, zobowiązani do zachowania poufności, pracownicy komórki ds. Compliance VINCI Construction Germany. System dla sygnalistów jest dostępny pod adresem <https://eurovia.de>. Zgłoszenia można składać za pośrednictwem systemu dla sygnalistów w języku niemieckim, angielskim, francuskim, tureckim i rosyjskim. Możliwe jest również złożenie skargi w formie notatki głosowej w systemie dla sygnalistów. Kanały zgłaszania w ramach systemu dla sygnalistów są dostępne bez ograniczeń, o każdej porze dnia i nocy.

DD. ANONIMOWOŚĆ

Za pośrednictwem wyżej wymienionych kanałów komunikacji można również anonimowo złożyć zgłoszenie.

EE. JAKIE INFORMACJE POWINNO ZAWIERAĆ ZGŁOSZENIE?

Aby zapewnić szybkie i właściwe rozpatrzenie zgłoszenia wskazane jest, aby zawierało ono jak najwięcej istotnych informacji i jak najdokładniej opisywało incydent.

Pomocne (ale nie jest to konieczne) mogą być na przykład następujące informacje:

- Co się dokładnie wydarzyło?
- Kiedy doszło do incydentu, w jakim okresie miał on miejsce lub czy nadal występuje?
- Gdzie doszło do zdarzenia (np. w jakim kraju, w jakiej spółce, u jakiego dostawcy)?
- Jakie osoby są zaangażowane?
- Ilu osób dotyczy ta sytuacja?
- Czy Ciebie też to dotyczy?
- Jakie inne osoby wiedzą o incydencie?
- Czy istnieje bezpośrednie zagrożenie dla życia i zdrowia? Czy istnieje bezpośrednie zagrożenie dla środowiska?
- Czy ryzyko lub naruszenie było nam już wcześniej zgłaszane?

FF. ODPOWIEDZIALNI ZA ROZPATRZENIE OTRZYMANYCH ZGŁOSZEŃ

Za przyjmowanie zgłoszeń incydentów za pośrednictwem systemu dla sygnalistów odpowiedzialni są specjalnie przeszkoleni pracownicy komórki ds. Compliance VINCI Construction Germany, będący zobowiązani do zachowania poufności. Do rozpatrzenia zgłoszenia mogą zostać włączone inne osoby. Do takich osób należy na przykład pełnomocnik ds. praw człowieka zajmujący się koordynowaniem i monitorowaniem realizacji obowiązków w zakresie należytej staranności raportowania do kierownictwa firmy, wypełniania obowiązków dokumentacyjnych i przygotowywania sprawozdania rocznego, a także monitorowania skutecznego wdrażania systemu zarządzania ryzykiem w zakresie Ustawy o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw (LkSG) i jego ciągłego doskonalenia. Ponadto można włączyć do procesu rozpatrywania skarg i zgodnego z prawem dokumentowania przebiegu procesu osoby niezależne, które są zobowiązane do zachowania poufności. Można również zaangażować inne osoby zajmujące się ryzykiem, odpowiadające za dane obszary ryzyka w ramach przeprowadzania i dokumentowania analizy ryzyka, w tym regularnego monitorowania ekspozycji na ryzyko, definiowania (w razie potrzeby wdrażania) środków zapobiegawczych i środków zaradczych. Zawsze należy zapewnić, aby włączone osoby działały w sposób poufny, profesjonalny i bezstronny oraz pozostawały niezależne i nie były związane instrukcjami służbowymi.

GG. OCHRONA SYGNALISTY

Zgodnie z obowiązującym prawem zapewniamy osobom dokonującym zgłoszenia odpowiednią i skuteczną ochronę przed działaniami odwetowymi i karami. Ma to zastosowanie, jeśli i o ile osoba składająca skargę złożyła zawiadomienie zgodnie ze swoją najlepszą wiedzą i przekonaniem, to znaczy, jeśli sygnalista miał uzasadnione podstawy, aby sądzić, że informacje zawarte w zawiadomieniu są prawdziwe. Możemy zagwarantować ochronę osobie dokonującej zgłoszenia **jedynie** w zakresie naszych wpływów prawnych. Nie dopuszczamy do powstawania kultury wysuwania zarzutów, stygmatyzacji lub osądzania. Zastrzegamy sobie jednak prawo do podjęcia działań dyscyplinarnych i/lub kroków cywilnoprawnych i/lub karnych, jeśli zostanie udowodnione, że świadomie przekazano fałszywe i/lub wprowadzające w błąd informacje (np. świadomie nieprawdziwe podejrzenia). Zapewniamy zachowanie poufności tożsamości sygnalisty i osób trzecich wymienionych w zgłoszeniu oraz gwarantujemy, że osoby nieupoważnione nie będą miały dostępu do tych informacji. Składający skargę nie powinien być narażony na żadne niedogodności w związku ze skorzystaniem z procedury. Wszystkie wpływające zgłoszenia są przetwarzane zgodnie z ustawowymi wymogami w zakresie ochrony danych osobowych. Informacje dotyczące tożsamości można przekazać właściwym organom, jeżeli jest to konieczne ze względu na obowiązek wynikający z przepisów prawa, nakazu sądowego lub decyzji urzędowej lub jeśli istnieje uzasadnione

podejrzanie popełnienia przestępstwa.

HH. ETAPY PROCEDURY SKŁADANIA SKARG

Wszystkie wpływające skargi są starannie sprawdzane i rozpatrywane w ramach procedury. Z reguły postępowanie odbywa się w następujących krokach:

Potwierdzenie otrzymania zgłoszenia

Osoba składająca skargę otrzymuje natychmiastowe potwierdzenie wpłynięcia zgłoszenia za pośrednictwem stworzonego w tym celu kanału komunikacji. Jeśli zawiadomienie wysłano pocztą, zgłaszający otrzyma potwierdzenie pocztą.

Jeżeli zgłaszający wybierze inny niż przewidziany sposób złożenia zawiadomienia, nie jesteśmy zobowiązani do wysłania potwierdzenia otrzymania.

Sprawdzenie skargi

Każda skarga jest sprawdzana pod kątem jej zasadności. Tam, gdzie jest to konieczne, omawiane są ze zgłaszającym okoliczności sprawy. Jeśli po weryfikacji faktów okaże się, że skarga jest uzasadniona, podejmujemy odpowiednie działania zapobiegawcze i/lub zaradcze. Jeżeli skarga okaże się bezzasadna, postępowanie jest umarzane. Skarga jest zwykle bezzasadna, jeśli nie jest związana z nami lub spółką w rozumieniu ZAŁĄCZNIKA 1, nie występuje ryzyko w zakresie praw człowieka lub ochrony środowiska zgodnie z Ustawą o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw, nie doszło do naruszenia praw człowieka lub obowiązków w zakresie ochrony środowiska zgodnie z Ustawą o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw oraz nie doszło do naruszeń dotyczących dokumentów referencyjnych, o których mowa w punkcie C.

Informacja o statusie i wyniku procedury

O ile jest to możliwe ze względu na taktykę postępowania, osoba zgłaszająca jest regularnie informowana o postępach w rozpatrywaniu jej sprawy. Biorąc pod uwagę, że sytuacje mogą być bardzo indywidualne i złożone, nie jesteśmy obecnie w stanie podać ostatecznych ram czasowych, w których procedury zostaną zakończone. Staramy się jednak rozpatrywać skargi szybko i informować zgłaszającego o wynikach postępowania oraz planowanych lub już podjętych środkach zapobiegawczych i/lub zaradczych. Zgodnie z powyższym, zgłaszający skargę otrzyma również informację, jeśli procedura zostanie przerwana, ze względu na jej bezzasadność. Nie będziemy udzielać informacji, jeśli takie wewnętrzne dochodzenia i/lub śledztwa miałyby wpływ i/lub naruszałyby prawa osób, których skarga dotyczy lub które wymieniono w zgłoszeniu. Obowiązek

informowania nie ma również zastosowania w przypadkach, w których nie jest możliwe nawiązanie kontaktu ze względu na zachowanie anonimowości lub brak danych kontaktowych osoby składającej skargę. Jeśli zgłoszenie złożono za pośrednictwem systemu dla sygnalistów, zawiadomienie można również śledzić korzystając z indywidualnej skrzynki pocztowej w systemie dla sygnalistów.

Kontakt po zakończeniu postępowania

Chcemy zapewnić zgłaszającym nieprawidłowości odpowiednią i skuteczną ochronę przed negatywnymi konsekwencjami. Z tego względu może się zdarzyć, że po zakończeniu postępowania skontaktujemy się z zainteresowanym i zapytamy go, czy w związku z postępowaniem był lub jest narażony na represje lub inne niedogodności. Możliwe jest również zapytanie czy osoba składająca skargę może dostarczyć informacji na temat skuteczności podjętych środków prewencyjnych i/lub zaradczych. Nie kontaktujemy się w przypadku, gdy nie jest to możliwe ze względu na zachowanie anonimowości lub brak danych kontaktowych osoby składającej skargę lub gdy osoba odmawia kontaktu z nami. Aby zapewnić ochronę przed odwetem również po tym kontakcie, zainteresowany może skontaktować się z nami ponownie w dowolnym momencie po zakończeniu procedury za pośrednictwem jednego z kanałów komunikacji i zwrócić uwagę na wszelkie nieprawidłowości. W następstwie będą podjęte działania mające na celu powstrzymanie represji lub działań odwetowych, a tym samym chroniące składającego skargę.

II. OKRES PRZECHOWYWANIA INFORMACJI

Zgodnie z przepisami, w szczególności § 10 Ustawy o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw, jesteśmy zobowiązani do dokumentowania wpływających skarg i przebiegu postępowania oraz do przechowywania dokumentacji przez co najmniej siedem lat od daty jej sporządzenia. Przechowywanie zgromadzonych danych osobowych odbywa się zgodnie z obowiązującymi przepisami o ochronie danych osobowych (RODO). O ile nie istnieje uzasadniony interes do dalszego przechowywania danych, będą one usunięte po upływie minimalnego okresu przechowywania.

JJ. Dalsze informacje

Dalsze informacje, w szczególności wskazówki techniczne związane z obsługą systemu dla sygnalistów, składający skargę może uzyskać na stronie internetowej systemu dla sygnalistów. W przypadku sprzeczności regulacji i/lub wskazówek z postanowieniami niniejszego Regulaminu, pierwszeństwo ma Regulamin.

Stosowanie języka uwzględniającego płeć: Tam, gdzie to możliwe, w tekście używane są formy

męskie i żeńskie. Jeżeli przy wyliczeniach lub w wyrazach złożonych, użyto tylko formy męskiej, ze względu na czytelność tekstu, treść przekazu uwzględnia w równym stopniu płęć żeńską i inne.

ZAŁĄCZNIK 1: SPÓŁKI

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

ZAŁĄCZNIK 2: RODZAJE SPRAW W RAMACH PROCEDURY SKŁADANIA SKARG

Procedura składania skarg zgodnie z Ustawą o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw (LkSG) koncentruje się na zagrożeniach i naruszeniach praw człowieka i obowiązków w zakresie ochrony środowiska. Wymienione obowiązki dotyczą następujących kwestii:

ZAGROŻENIA DLA PRAW CZŁOWIEKA

Praca dzieci: Dzieci można zatrudniać dopiero po osiągnięciu pewnego minimalnego wieku, tj. po zakończeniu obowiązku szkolnego zgodnie z prawem obowiązującym w miejscu zatrudnienia, ale nie wcześniej niż przed 15 rokiem życia. Kraje będące producentami mogą, zgodnie z prawem międzynarodowym (Konwencja MOP nr 138), wprowadzać wyjątki. Ponadto nie można zatrudniać dzieci poniżej 18 roku życia przy najgorszych rodzajach pracy dzieci. Obejmuje to pracę szkodliwą dla zdrowia, bezpieczeństwa i obyczajowości, taką jak praca pod ziemią, pod wodą lub z niebezpiecznymi maszynami lub substancjami, sprzedaż dzieci, handel dziećmi, przymusową lub obowiązkową rekrutację dzieci do udziału w konfliktach zbrojnych oraz wykorzystywanie dzieci do produkcji i handlu narkotykami.

Niewolnictwo i praca przymusowa: Zakazaną pracą przymusową jest praca i usługi, których wykonywania żąda się od danej osoby pod groźbą kary i do których osoba ta nie zgłosiła się dobrowolnie. Zabronione jest również przymusowe odpracowywanie długu (rodzaj pańszczyzny), w ramach którego migranci muszą przykładowo odpracować zawyżone koszty rekrutacji. Istnieją wyjątki od zakazu pracy przymusowej, takie jak obowiązek obywatelski lub w ramach kary pozbawienia wolności. Żadne wyjątki nie dotyczą jednak niewolnictwa i podobnych praktyk. W przeciwieństwie do pracy przymusowej, w relacjach o charakterze odrabiania pańszczyzny, sprawowana władza ma charakter niemal absolutny: przymus dotyczy nie tylko samej pracy, ale także wszystkich swobód danej osoby. Kluczowymi kryteriami w tym zakresie są stopień ograniczenia swobody przemieszczania się i kontroli nad przedmiotami osobistego użytku, takimi jak dokumenty tożsamości lub telefony komórkowe, a także to, czy dana osoba wyraziła na to świadomie zgodę. Innymi przesłankami są wstrzymywanie wypłaty wynagrodzenia, stwarzanie niedopuszczalnych warunków pracy i życia, polegających na pracy w niebezpiecznych warunkach lub zakwaterowaniu przez pracodawcę w nieakceptowalnych warunkach, zastraszanie i groźby, znacznie zawyżona ilość godzin nadliczbowych.

Nieprzestrzeganie obowiązków w zakresie bezpieczeństwa i higieny pracy: Zgodnie z obowiązującymi w miejscu zatrudnienia przepisami z zakresu BHP. Ewidentnie niewystarczające standardy bezpieczeństwa, ryzyko zawalenia (np. miejsca produkcji, niezabezpieczone place budowy i otwory w ziemi, nieodpowiednia ochrona przeciwpożarowa lub zabezpieczenie budynku, brak dróg ewakuacyjnych i wyjść awaryjnych), brak odpowiednich środków ochrony osobistej stosowanych przy używaniu niebezpiecznych substancji, takich jak pestycydy, nieodpowiednia organizacja pracy w odniesieniu do czasu pracy i przerw regeneracyjnych, niewystarczające szkolenia i instruktaż pracowników.

Swoboda zrzeszania się: Należy, zgodnie z przepisami krajowymi, zagwarantować prawo do działalności związków zawodowych. Odstępstwem od tej reguły może być zakaz strajku dla urzędników służby cywilnej (np. zakaz zakładania związków zawodowych (przez przedsiębiorstwo) może stanowić zagrożenie).

Należy zapobiegać **nierównemu traktowaniu w pracy** ze względu na pochodzenie narodowe i etniczne, pochodzenie społeczne, stan zdrowia, niepełnosprawność, orientację seksualną, wiek, płeć, poglądy polityczne, religię lub światopogląd, o ile nie jest to uzasadnione względami operacyjnymi. Ustawa o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw LkSG podaje dyskryminację płacową jako przykład nierównego traktowania.

Brak wypłaty stosownego wynagrodzenia: Pierwszym wskaźnikiem w tym przypadku jest płaca minimalna określona przez obowiązujące prawo i podlega wyliczeniu zgodnie z prawem obowiązującym w miejscu zatrudnienia. Płaca minimalna może być nieadekwatna: Jeśli wypłacane wynagrodzenie nie pokrywa kosztów utrzymania pracowników i członków ich rodzin, a także lokalnych świadczeń na zabezpieczenia społeczne, wówczas należy uznać, że jest ono niewystarczające, nawet jeśli odpowiada obowiązującej płacy minimalnej.

Spowodowanie szkodliwych zmian w glebie, zanieczyszczenia wody, powietrza, emisja hałasu lub nadmierne zużycie wody, które w znacznym stopniu narusza naturalne podstawy dla zachowania i produkcji żywności, pozbawia jednostkę dostępu do bezpiecznej wody pitnej, utrudnia lub niszczy dostęp jednostki do urządzeń sanitarnych lub szkodzi jej zdrowiu.

Bezprawne pozbawienie ziemi, lasów i wód poprzez niezgodne z prawem wysiedlenie i

przymusowe przesiedlenie: np. zabudowanie lub inne wykorzystanie ziemi, lasów i wód bez udziału miejscowej ludności, niezgodne z prawem wywłaszczenia (brak odpowiedniego odszkodowania, brak procedury, w której zbadano proporcjonalność podjętych środków).

Nadużycia władzy przez siły bezpieczeństwa: Zatrudnianie lub wykorzystywanie prywatnych lub publicznych sił bezpieczeństwa do ochrony projektu spółki jest zabronione, jeżeli z powodu braku wytycznych lub kontroli ze strony spółki, przy działaniach sił bezpieczeństwa doszło do naruszenia zakazu tortur i okrutnego, niehumanitarnego lub poniżającego traktowania, uszkodzenia ciała lub swobody zrzeszania się i zakładania związków zawodowych.

Ryzyko ogólne: Ryzyko dla wszystkich innych praw człowieka, jeśli istnieje bezpośrednie zagrożenie szczególnie poważnym naruszeniem i przy rozsądnej ocenie wszystkich istotnych okoliczności, sprzeczność z prawem jest oczywista. Naruszenia mogą być dotkliwe, jeśli przykładowo wpływają na szczególnie dużą liczbę osób lub skutkowałyby poważnymi niedogodnościami dla pojedynczych osób lub byłyby nieodwracalne. Bezpośredniość wymaga szczególnie wysokiego prawdopodobieństwa naruszenia praw człowieka, mogącego się wydarzyć w najbliższym czasie.

ZAGROŻENIA DLA ŚRODOWISKA

Stosowanie rtęci w produktach i produkcji: np. wytwarzanie produktów z dodatkiem rtęci, dla których nie ma wyłączenia na mocy Konwencji z Minamaty lub niewłaściwa utylizacja odpadów zawierających rtęć.

Produkcja i stosowanie trwałych zanieczyszczeń organicznych (TZO): TZO (np. produkcja i stosowanie TZO, takich jak aldryna, chlordan, DDT, dieldryna, endryna, heptachlor, heksachlorobenzen, mireks, toksafen, dioksyny, furany) to substancje, które trudno rozkładają się w przyrodzie, rozprzestrzeniają się w powietrzu i wodzie oraz są wchłaniane przez organizmy żywe i łańcuchy pokarmowe poprzez ich spożycie przez nie. W wyższych stężeniach są szkodliwe dla zdrowia i środowiska. TZO powstają jako przypadkowe produkty uboczne procesów przemysłowych i znajdują się w niektórych pestycydach. Ustawa o dochowaniu należytej staranności w łańcuchu dostaw LkSG zakazuje produkcji i stosowania TZO, chyba że w odpowiednim rozporządzeniu UE w sprawie TZO przewidziano wyjątek. Odpady TZO należy utylizować w sposób przyjazny dla środowiska.

Import i eksport odpadów niebezpiecznych: np. import i eksport odpadów niebezpiecznych, takich jak odpady medyczne, zużyty olej, zużyte baterie, pozostałości odpadów przemysłowych, rtęć i TZO

wbrew postanowieniom Konwencji bazylejskiej.

**Pravidla pro řešení
podnětů
(„Řešení podnětů“ či „Systém na ochranu oznamovatelů“)**

Stav: duben 2025

KK. ÚVOD

Etické chování v souladu se zákony hraje pro společnost VINCI Construction GmbH (dále jen „my“) a společnosti uvedené v PŘÍLOZE 1 velmi důležitou roli jak v rámci vlastních obchodních aktivit, tak ve vztazích vůči obchodním partnerům a zákazníkům. Z tohoto důvodu jsme zavedli pravidla pro řešení podnětů, která v souladu se zákonem o náležitě péči v dodavatelském řetězci umožňují upozorňovat na rizika týkající se lidských práv a ochrany životního prostředí stejně jako na situace, kdy v oblasti ochrany lidských práv a životního prostředí došlo k porušení povinností vyplývajících z tohoto zákona. Cílem těchto pravidel je zajistit, aby každé oznámení bylo prošetřeno a vyřízeno transparentním a řádným způsobem.

LL. OSOBY OPRÁVNĚNÉ PODAT PODNĚT

Podle zákona o náležitě péči v dodavatelském řetězci může podnět podat kdokoli, kdo chce upozornit na rizika týkající se lidských práv a ochrany životního prostředí nebo na porušení příslušných povinností, k nimž došlo v důsledku naší obchodní činnosti a/nebo činnosti jakékoli společnosti uvedené v příloze 1, případně v důsledku činnosti přímého či nepřímého dodavatele.

Podnět mohou podat například zaměstnanci, smluvní partneři, dodavatelé (přímí i nepřímí), zákazníci, obyvatelé dotčených oblastí, investoři, jiné podniky, nevládní organizace nebo i jednotlivci bez přímé vazby na oznamovanou situaci. Podnět může podat osoba, které se daná věc přímo či nepřímo týká (tzv. přímý oznamovatel), nebo osoba, jíž samotné se to netýká, pouze o situaci informuje (tzv. nepřímý oznamovatel).

MM. TÉMATA / OKRUHY ŘEŠENÉ V RÁMCI PROCESNÍCH PRAVIDEL PRO PODÁVÁNÍ PODNĚTŮ

Pravidla pro řešení podnětů umožňují podávat podněty ve výše uvedených okruzích a tematických oblastech. Pro lepší přehled jsou v PŘÍLOZE 2 uvedeny podrobné informace o jednotlivých tématech a okruzích, na které se tato pravidla vztahují.

Podněty lze podávat i v případě podezření na porušení nebo skutečného porušení následujících dokumentů: „VINCI Charta etiky a jednání“, „VINCI Bezpečnost a ochrana zdraví při práci“, „VINCI Kodex jednání proti korupci“, „VINCI Průvodce lidskými právy“ a „VINCI Příručka k ochraně životního prostředí“. Výše uvedené dokumenty naleznete na domovské stránce systému na ochranu oznamovatelů (<https://eurovia.integrityline.com>).

NN. PRINCIP BEZPLATNOSTI

System / proces pro řešení podnětů je oznamovatelům k dispozici bezplatně.

OO. PODÁNÍ PODNĚTU

Přijímání podnětů prostřednictvím systému na ochranu oznamovatelů zajišťují speciálně vyškolení pracovníci compliance organizační jednotky společnosti VINCI Construction Deutschland, kteří jsou zároveň vázáni povinností zachovávat důvěrnost sdělovaných informací.

System na ochranu oznamovatelů je dostupný na adrese: <https://eurovia.de>. Podněty je možné podávat v těchto jazycích: německy, anglicky, francouzsky, turecky a rusky. System rovněž umožňuje podat podnět formou hlasové zprávy. Komunikační kanály systému jsou přístupné nepřetržitě 24 hodin denně, 7 dní v týdnu.

PP. ANONYMNÍ OZNÁMENÍ

Prostřednictvím výše uvedených komunikačních kanálů lze oznámení podat také anonymně.

QQ. JAKÉ INFORMACE BY MĚL PODNĚT OBSAHOVAT

Pro rychlé a řádné vyřízení podnětu doporučujeme uvést co nejvíce relevantních informací a popsat událost co nejpřesněji.

Určitým vodítkem (byť nepovinným) mohou být následující údaje:

- Co se konkrétně stalo?
- Kdy nebo v jakém časovém období k události došlo? Trvá situace dosud?
- Kde se událost odehrála (např. v jaké zemi, ve které společnosti, u kterého dodavatele)?
- Které osoby byly do situace zapojeny?
- Kolika osob se událost týká?
- Týká se událost i Vás osobně?
- Které další osoby o situaci vědí nebo ji zaznamenaly?
- Existuje bezprostřední ohrožení života, zdraví nebo životního prostředí?
- Byla nám tato situace nebo porušení již dříve oznámeno?

RR. ZODPOVĚDNOST ZA VYŘIZOVÁNÍ PODNĚTŮ

Přijímáním podnětů prostřednictvím systému na ochranu oznamovatelů jsou pověřeni speciálně

vyškolení pracovníci compliance organizační jednotky ve společnosti VINCI Construction Deutschland, kteří jsou vázáni povinností zachovávat důvěrnost sdělovaných informací.

Na zpracování podnětů se mohou podílet i další osoby. Mezi ně patří například referenti pro ochranu lidských práv, kteří se zabývají koordinací a dohledem nad opatřeními směřujícími k plnění povinností náležité péče, podávají zprávy vedení společnosti, plní povinnosti v oblasti dokumentace a připravují výroční zprávu. Dohlíží rovněž na účinné fungování a průběžné zlepšování systému řízení rizik podle zákona o náležité péči v dodavatelském řetězci.

V rámci postupu pro řešení podnětů a dokumentace jejich vyřizování mohou být k řešení podnětu přizvány také nezávislé osoby, které jsou povinny zachovávat mlčenlivost.

Do procesu řešení mohou být zapojeny i další osoby, které jsou při realizaci a dokumentaci analýzy rizik odpovědné za daná rizika a jejichž úkolem je pravidelně monitorovat vystavení těmto rizikům, definovat a případně implementovat preventivní opatření a stanovovat nápravná opatření. Vždy je třeba zajistit, aby zapojené osoby jednaly diskrétně, profesionálně a nestranně, byly nezávislé a nemusely se řídit odbornými pokyny.

SS. OCHRANA OZNAMOVATELE

V souladu s právními předpisy zaručujeme řádnou a účinnou ochranu oznamovatele před odvetnými opatřeními a nepříznivým zacházením. Tato ochrana platí v případě, že oznamovatel podal podnět podle svého nejlepšího vědomí a svědomí, tedy pokud měl oprávněný důvod se domnívat, že informace uvedené v podnětu jsou pravdivé. Ochrana oznamovatele může být zajištěna pouze v **rozsahu**, který nám umožňuje právní rámec. Vůči oznamovateli nepřipustíme žádné jednání nebo chování, které by vedlo k obviňování, stigmatizaci nebo předsudkům. Vyhraujeme si však právo přijmout disciplinární a/nebo občanskoprávní a/nebo trestněprávní opatření, pokud se prokáže, že byly vědomě předány nepravdivé a/nebo zavádějící informace (např. vědomě křivé obvinění). Zajistíme, aby byla zachována důvěrnost totožnosti oznamovatele a případných třetích osob uvedených v podnětu a aby k těmto informacím neměly přístup neoprávněné osoby. Oznamovateli nesmí tím, že využije postupu pro řešení podnětů, vzniknout újma. Všechny podané podněty budou zpracovány v souladu s právními předpisy o ochraně osobních údajů. Informace o identitě mohou být předány příslušným orgánům, pokud to vyžaduje povinnost uložená zákonem nebo na základě soudního či správního rozhodnutí, nebo pokud existuje dostatečně důvodné podezření na spáchání trestného činu.

TT. KONKRÉTNÍ POSTUP PŘI ŘEŠENÍ PODNĚTŮ:

Všechny obdržené podněty jsou v rámci postupu pro podávání podnětů pečlivě prověřeny a zpracovány. Zpracování podnětů probíhá zpravidla v těchto krocích:

Potvrzení o přijetí podnětu

Ihned po podání podnětu obdrží oznamovatel prostřednictvím zřízeného komunikačního kanálu potvrzení o přijetí podnětu. V případě podání podnětu poštou obdrží oznamovatel potvrzení o přijetí podnětu rovněž poštou. Pokud oznamovatel podá podnět jiným než některým z výše uvedených způsobů, nejsme povinni zaslat potvrzení o přijetí.

Posouzení podnětu

U každého podnětu se posuzuje jeho důvodnost. V případě potřeby bude s oznamovatelem projednán skutkový stav podnětu. Pokud se při prošetřování skutkového stavu zjistí, že podnět je důvodný, přijmeme náležitá preventivní a/nebo nápravná opatření. Je-li podnět vyhodnocen jako nedůvodný, řízení zastavíme. V zásadě platí, že podnět je nedůvodný, pokud nesouvisí s námi nebo se společností uvedenou v PŘÍLOZE 1, pokud nedochází k ohrožení lidských práv a životního prostředí podle zákona o náležité péči v dodavatelském řetězci nebo pokud nedochází k porušování povinností v oblasti lidských práv a ochrany životního prostředí podle tohoto zákona nebo pokud nejsou porušovány dokumenty uvedené v bodě C.

Informace o stavu a výsledku šetření podaného podnětu

Pokud to taktické důvody prošetřování dovolují, je oznamovatel pravidelně informován o průběhu řešení svého podnětu. Jelikož jednotlivé případy mohou být velmi individuální a složité, nejsme v současnosti schopni stanovit přesné časové rozpětí, ve kterém bude řízení ukončeno. Usilujeme však o to, aby byly podněty zpracovány co nejrychleji, a po ukončení řízení bude oznamovatel vyrozuměn o výsledku zkoumaného podnětu i o navrhovaných či již přijatých preventivních a/nebo nápravných opatřeních. Oznamovatel bude rovněž odpovídajícím způsobem informován, pokud bylo kvůli nedůvodnosti podnětu řízení zastaveno. Oznamovatel nebude vyrozuměn, pokud by tato interní prošetřování a/nebo zjištění zasahovala do práv nebo tato práva mohla porušit u osob, které jsou předmětem podnětu nebo jsou v něm uvedeny. Povinnost vyrozumět oznamovatele odpadá rovněž v takových případech, kdy oznamovatele nelze kontaktovat z důvodu jeho anonymity nebo chybějících kontaktních údajů. Pokud oznamovatel podal podnět prostřednictvím systému na ochranu oznamovatelů, může svůj podnět také sledovat prostřednictvím osobní schránky v tomto systému.

Kontakt s oznamovatelem po ukončení řízení

Usilujeme o to, aby byl oznamovatel náležitě a účinně chráněn před nepříznivým zacházením. Po ukončení řízení proto může být oznamovatel kontaktován a dotázán, zda byl či je vystaven odvetným opatřením nebo jiným nepříznivým dopadům, které mají souvislost s podáním a řešením podnětu. Může být rovněž požádán, aby poskytl zpětnou vazbu ohledně účinnosti přijatých preventivních a/nebo nápravných opatření. V každém případě se kontakt neuskuteční v případech, kdy oznamovatele není možné kontaktovat z důvodu jeho anonymity nebo chybějících kontaktních údajů nebo pokud oznamovatel odmítne být kontaktován. Aby byla ochrana oznamovatele před odvetnými kroky zajištěna i po tomto kontaktu, může oznamovatel kdykoliv po ukončení řízení znovu využít některý z komunikačních kanálů pro podání podnětu a upozornit na případné nedostatky. V takovém případě budou na ochranu oznamovatele přijata opatření k ukončení odvetných opatření nebo k zastavení represivních kroků.

UU. DOBA UCHOVÁVÁNÍ INFORMACÍ

V souladu se zákonnými ustanoveními, zejména s ustanovením § 10 zákona o náležité péči v dodavatelském řetězci, jsme povinni podané podněty a proces jejich dalšího zpracování dokumentovat a dokumentaci uchovávat po dobu nejméně sedmi let od jejího vytvoření. Uchovávání uložených osobních údajů probíhá v souladu s platnými předpisy o ochraně osobních údajů. Pokud neexistuje oprávněný zájem na dalším uchovávání údajů, budou údaje po uplynutí minimální doby uchovávání vymazány.

VV. DALŠÍ INFORMACE

Oznamovatel může další informace, zejména o technickém využívání systému na ochranu oznamovatelů, získat z údajů uvedených na webových stránkách systému na ochranu oznamovatelů. Pokud jsou předpisy nebo pokyny v rozporu s ustanoveními těchto pravidel pro řešení podnětů, mají přednost tato pravidla.

Genderově senzitivní jazyk: Kdekoliv je to možné, používá se v textu mužský a ženský rod. Všude tam, kde je kvůli srozumitelnosti ve výčtu nebo ve složených slovech použit pouze mužský tvar, zahrnuje tato formulace rovnocenně i ženy a další genderové identity.

PŘÍLOHA 1: SPOLEČNOSTI

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

PŘÍLOHA 2: KATEGORIE PODNĚTŮ V RÁMCI PROCESU PRO ŘEŠENÍ PODNĚTŮ

Pravidla pro řešení podnětů podle zákona o náležité péči v dodavatelském řetězci se zaměřují na rizika a porušení povinností v oblasti lidských práv a ochrany životního prostředí. Tyto povinnosti se týkají následujících oblastí:

RIZIKA TÝKAJÍCÍ SE LIDSKÝCH PRÁV

Dětská práce: Děti mohou být zaměstnávány až od určitého minimálního věku, tj. od ukončení povinné školní docházky podle právních předpisů platných v místě zaměstnání, nejdříve však od 15 let. Země, kde se dané výrobky vyrábějí, mohou přijímat výjimky v souladu s mezinárodním právem (Úmluva MOP č. 138). Kromě toho nesmí být děti mladší 18 let zaměstnávány v nejhorších formách dětské práce, které zahrnují práci ohrožující zdraví, bezpečnost a morálku, jako je například práce v dolech, pod vodou nebo s nebezpečnými stroji či látkami, prodej a obchodování s dětmi, nucené nebo povinné najímání dětí k účasti v ozbrojených konfliktech, využívání dětí k výrobě drog a obchodování s nimi.

Otroctví a nucená práce: Za zakázané nucené práce jsou považovány takové práce a činnosti, které jsou po osobě požadovány pod hrozbou trestu a které nechce dobrovolně vykonávat.

Zakázané je rovněž novodobé (dlužní) otroctví, kdy například migranti musí odpracovat nepřiměřeně vysoké náborové / převaděčské poplatky. Ze zákazu nucených prací platí výjimky, například formou občanské povinnosti nebo jako součást trestu odnětí svobody. Na otroctví a podobné praktiky se žádné výjimky nevztahují. Na rozdíl od nucené práce je v případě otroctví kontrola prakticky absolutní: donucení se uplatňuje nejen nad pracovníkem, ale i nad všemi svobodami dotyčné osoby. Relevantními faktory pro určení této skutečnosti je rozsah omezení svobody pohybu a kontroly nad osobními věcmi, jako jsou doklady totožnosti nebo mobilní telefony, nebo to, zda dotyčná osoba poskytla svůj informovaný souhlas.

Mezi dalšími indikátory patří například zadržování mzdy, vytváření nepřijatelných pracovních a životních podmínek prací v nebezpečných podmínkách nebo v nepřijatelném ubytování poskytovaném zaměstnavatelem, používání zastrašování a výhrůžek, nadměrná práce přesčas.

Nedodržování povinností v oblasti bezpečnosti a ochrany zdraví při práci: Příslušné povinnosti v oblasti bezpečnosti a ochrany zdraví při práci platí podle právních předpisů místa výkonu práce: zjevně neodpovídající bezpečnostní standardy, riziko zřícení (např. výrobní prostory, nezajištěná staveniště a otvory v zemi, nedostatečná protipožární ochrana nebo bezpečnost budov, chybějící únikové cesty a nouzové východy), absence vhodných ochranných opatření při používání nebezpečných látek, jako jsou např. pesticidy, nevhodná organizace práce s ohledem na pracovní dobu a přestávky na odpočinek, nedostatečné školení a instruktáž zaměstnanců.

Svoboda sdružování / Právo odborově se organizovat: Svobodná činnost odborů musí být zaručena v souladu s národními právními předpisy. Rovněž je třeba zohlednit výjimky, jako je zákaz stávek pro státní zaměstnance. Rizikem týkajícím se lidských práv může být např. zákaz (ze strany podniku) zakládat odborové organizace).

Nerovné zacházení v zaměstnání: Nerovnému zacházení na základě národnostního nebo etnického původu, sociálního původu, zdravotního stavu, zdravotního postižení, sexuální orientace, věku, pohlaví, politického smýšlení, náboženství nebo světonázoru je třeba zabránit, pokud není odůvodněno provozními požadavky. Zákon o náležitě péči v dodavatelském řetězci uvádí jako příklad nerovného zacházení platovou diskriminaci.

Nevyplácení náležité mzdy: Prvním ukazatelem je minimální mzda stanovená platnými právními předpisy. Není-li výše minimální mzdy stanovena, určuje se podle právních předpisů místa výkonu práce. Výše minimálně mzdy může být nedostačující: Nepokrývá-li mzda životní náklady zaměstnanců a jejich rodinných příslušníků, a to ani při zohlednění místních dávek sociálního zabezpečení, je považována za nepřiměřenou, i když její výše odpovídá platné minimální mzdě.

Způsobení škodlivých změn půdy, znečištění vod, znečištění ovzduší, emisí hluku nebo nadměrné spotřeby vody, což významně narušuje přírodní podmínky nezbytné pro zajištění a výrobu potravin a také omezuje přístup lidí k nezávadné pitné vodě, ztěžuje nebo znemožňuje přístup k hygienickým zařízením a poškozuje lidské zdraví.

Nezákonné odnětí půdy, lesů a vod v důsledku nezákonného vysídlení a nuceného přesídlení:

Např. zástavba nebo jiné využití půdy, lesů a vod bez zapojení místního obyvatelstva nebo nezákonné vyvlastnění, kdy nebyla poskytnuta přiměřená náhrada a nebyla posouzena přiměřenost.

Zneužití moci prostřednictvím bezpečnostních sil: Najímat či využívat soukromé nebo veřejné bezpečnostní síly k ochraně podnikatelského projektu je zakázáno, pokud v důsledku nedostatečných pokynů nebo kontroly ze strany společnosti dojde během nasazení bezpečnostních sil k porušení zákazu mučení a krutého, nelidského nebo ponižujícího zacházení, k újmě na životě nebo zdraví nebo k porušení práva sdružovat či se odborově organizovat.

VŠECHNA DALŠÍ RIZIKA: O taková rizika se jedná v případě, kdy bezprostředně hrozí obzvláště závažné porušení všech ostatních lidských práv a kdy při rozumném posouzení všech relevantních okolností je protiprávní aspekt tohoto porušení evidentní. O závažné porušení lidských práv jde například tehdy, týká-li zvláště početného okruhu osob či by mělo za následek značné nepříznivé dopady na jednotlivce nebo by bylo nevratné. O bezprostředním ohrožení lidských práv pak lze hovořit tehdy, existuje-li zvláště vysoká pravděpodobnost, že k závažnému porušení lidských práv dojde ve velmi krátké době.

RIZIKA V OBLASTI OCHRANY ŽIVOTNÍHO PROSTŘEDÍ

Používání rtuti ve výrobcích a výrobě: Např. výroba výrobků obsahujících rtuť, pro které neexistuje výjimka podle Minamatské úmluvy o rtuti, nebo nesprávná likvidace odpadu obsahujícího rtuť.

Výroba a používání perzistentních organických škodlivých látek (POPs): POPs (např. aldrin, chlordan, DDT, dieldrin, endrin, heptachlor, hexachlorbenzen, mirex, toxafen, dioxiny, furany) jsou látky, které se v přírodě obtížně rozkládají, šíří se vzduchem a vodou a po požití se vstřebávají do živých organismů a potravních řetězců. Ve vyšších koncentracích jsou škodlivé pro zdraví a životní prostředí. Perzistentní organické látky POPs vznikají jako nezamýšlené vedlejší produkty průmyslových procesů a jsou obsaženy v některých pesticidech. Zákon o náležité péči v dodavatelském řetězci zakazuje výrobu a používání perzistentních organických látek POPs, pokud není v příslušném nařízení EU o perzistentních organických látkách stanovena výjimka. Likvidace

odpadů obsahujících perzistentní organické látky musí být provedena způsobem šetrným k životnímu prostředí.

Import a export nebezpečných odpadů: Např. dovoz a vývoz nebezpečných odpadů, jako jsou zdravotnické odpady, použité oleje, použité baterie, zbytky průmyslových odpadů, rtuti a perzistentních organických látek POPs, je v rozporu s ustanoveními Basilejské úmluvy.

Complaints Procedure

("complaints procedure" or also "whistleblower system")

Rules of Procedure

Last updated: April 2025

WW. Introductory remarks

VINCI Construction GmbH (referred to below as “we”) and the companies listed in Appendix 1 attach key significance to ethical conduct and compliance with the law in their own business operations and in relations with their business partners and customers. Consequently we have established a complaints procedure that enables employees, business partners, companies and other stakeholders to report human rights and environmental risks as provided for in the German Supply Chain Due Diligence Act (LkSG) and also violations of obligations relating to human rights and the environment as provided for in the Act. The complaints procedure aims to ensure that all incoming complaints are reviewed and treated in a transparent and equitable manner.

XX. Eligible complainants (whistleblowers) (Who may submit a complaint?)

Under the Supply Chain Due Diligence Act, the complaints procedure is open to anyone who would like to report human rights and environmental risks and violations of human rights and environmental obligations that have come about through our business activities and/or the business activities of one of the companies set out in Appendix 1 and/or a direct or indirect supplier. Complainants (whistleblowers) may be employees, contractors, direct and indirect suppliers, customers, affected residents, investors, other companies, NGOs, or uninvolved persons. Complaints may be lodged by whistleblowers who are affected themselves, whether directly or indirectly (affected complainants), or who themselves aren’t affected (informing complainants).

YY. Topics / areas covered by the complaints procedure

The complaints procedure enables complaints to be lodged in the areas outlined above. For more information, Appendix 2 spells out more details on the individual topics and areas covered by the complaints procedure. Consequently, complaints can also be lodged in cases where there is suspicion of a violation or there is an actual violation of any of the following: “VINCI Code of Ethics and Conduct and Rules of Conduct”, “VINCI Occupational Health and Safety Policy”, “VINCI Anti-Corruption Code of Conduct”, “VINCI Guide on Human Rights”, or the “VINCI Environmental Guidelines”. These reference documents can be found on the website of the whistleblower system (<https://eurovia.integrityline.com>).

ZZ. Free-of-charge principle

The complaints procedure is free of charge for all complainants (whistleblowers).

AAA. Submitting a complaint

Specially trained employees of the compliance organization of VINCI Construction Germany who are bound by an obligation to maintain confidentiality are tasked with accepting complaints via the whistleblower system. The whistleblower system can be accessed at: <https://eurovia.de>. Complaints can be submitted via the whistleblower system in German, English, French, Turkish and Russian. Complaints can also be submitted in the whistleblower system in the form of a voice memo. The notification channels of the whistleblower system are available to whistleblowers, without restriction, 24/7, i.e. at any time of the day or night.

BBB. Anonymous tips

Whistleblowers may also submit a complaint anonymously via the aforementioned notification channels.

CCC. What information should a complaint include?

In order for a complaint to be addressed quickly and appropriately, it should contain as much relevant information as possible and the incident should be described as accurately as possible.

The following information may be useful (but not obligatory):

- What specifically took place?
- When or during what period did the incident take place, is the incident still in progress?
- What took place prior to the incident (e.g. in which country, at which company or supplier, etc.)?
- What individuals are involved?
- How many people are affected?
- Are you yourself affected?
- What other individuals have knowledge of the incident?
- Is a direct hazard posed to life and limb? Is a direct hazard posed to the environment?
- Have we previously been informed of the risk or violation?

DDD. Responsibility for processing a complaint that has been submitted

Specially trained employees of the compliance organization of VINCI Construction Germany who are bound by an obligation to maintain confidentiality are tasked with accepting complaints via the whistleblower system. Other individuals may be consulted in the course of processing a complaint. These individuals may be: human rights officers involved with coordinating and monitoring policies for complying with due diligence obligations, reporting to executive management, compliance with documentation obligations and drafting an annual report, or monitoring the effective implementation of the risk management system as set out in the Supply Chain Due Diligence Act and its ongoing improvement. In addition, independent individuals obligated to maintain confidentiality

may be involved in handling complaints under the complaints procedure and documenting the complaints process as provided for by law. Other individuals charged with risk management may be involved who are tasked with conducting and documenting risk analyses for the respective risks, including routine monitoring of risk exposure, defining (and, as applicable, implementing) preventive measures, and specifying remedial action. It is always ensured that the persons consulted/involved act in a confidential, expert, unbiased and independent manner and are not bound by any instructions from other departments.

EEE. Protection of complainants (whistleblowers)

We guarantee appropriate and effective protection for whistleblowers against discrimination or repercussions as provided for by law. This applies provided that the whistleblower has submitted the complaint to the best of their knowledge and belief, i.e. if the whistleblower had legitimate reasons to believe the information provided with the complaint to be true. The protection of whistleblowers can be guaranteed **only to the extent** of the legal powers held by us. We do not tolerate a culture of reproach, stigmatization, or prejudice. However, we reserve the right to take disciplinary and/or civil and/or criminal action should it be shown that false and/or misleading information has knowingly been passed on (e.g. deliberate false accusations). We ensure that the identity of a whistleblower and of any third parties named in a complaint are kept confidential and that unauthorized parties do not gain access to it. Whistleblowers shouldn't suffer any repercussions as a result of availing themselves of the complaints procedure. All complaints received are processed in accordance with the data protection requirements laid out in law. Information pertaining to one's identity may be shared with the competent authorities due to a legal obligation, an order issued by a court or government authority, or if there is reasonable suspicion of a criminal offense.

FFF. Details pertaining to the processing of complaints

All complaints received are carefully reviewed and processed as part of the complaints procedure. As a general rule, processing involves the following steps:

Confirmation of receipt of the complaint

The whistleblower promptly receives confirmation of receipt, via the notification channel, of the complaint submitted by them. In cases in which complaints are submitted via postal mail, the whistleblower receives confirmation via the same channel.

In cases in which the whistleblower selects a channel or method not provided for submitting a complaint, we are not bound by an obligation to issue notification of receipt.

Review of the complaint

All complaints are reviewed to determine whether they are well-founded. To the extent necessary, all complaints are discussed with the whistleblower as to the facts on which they are based. Where the review of the facts shows that the complaint is well-founded, we will take appropriate preventive and/or remedial action. In cases in which a complaint is shown to not be justified, the procedure is terminated. As a matter of principle, a complaint is unfounded where it is determined to not be related to us or a company listed in Appendix 1, there is no human rights or environmental risk present pursuant to the Supply Chain Due Diligence Act, and there is no violation of human rights or environmental obligations present pursuant to the Act, and also no violation of the stipulations contained in the reference documents outlined in section C above.

Information regarding the status and outcome of the complaints procedure

The whistleblower will be informed on a regular basis regarding the processing of their complaint to extent this is permitted by investigative processes. Procedures may turn out to be extremely individual and complex, consequently we are currently unable to indicate a definitive period of time within which the procedure will be concluded and the matter resolved. However, we will go to every effort to process complaints promptly and to provide to the whistleblower information on the finding of the review and the proposed preventive and/or remedial action to be taken or any such action that may have actually been taken. The whistleblower will also be informed accordingly if the procedure has been discontinued due to the complaint having been found to be unfounded. No such notification will take place if doing so would impact internal inquiries or investigations or compromise the rights of the persons who are the subject of a complaint or who are named in the complaint. This obligation to notify likewise does not apply in cases where establishing contact is not possible due to anonymity or missing contact details for the whistleblower. Where the whistleblower has submitted a complaint via the whistleblower system, the progress of the complaint can also be tracked via a personal mailbox set up in the whistleblower system.

Contact upon the conclusion of the complaints procedure

We seek to ensure appropriate and effective protection for whistleblowers against any repercussions. With this in mind, the whistleblower may be contacted upon the conclusion of the procedure and asked whether they have been or are being subjected to reprisals or other repercussions in connection with the complaints procedure. The whistleblower may also be asked whether they can provide information regarding the efficacy of the preventive and/or remedial action that has been initiated. In any event, contact will not be made in cases where it is not possible to do so due to anonymity or missing contact details for the whistleblower or the whistleblower has indicated they do not wish to be contacted. In order to ensure protection against reprisals which

may arise after this follow-up contact, the whistleblower may re-establish contact at any time after the procedure has been concluded via one of the notification channels and draw our attention to any such grievances. Measures will then be initiated to end reprisals or stop retaliatory measures and thus protect the whistleblower.

GGG. Retention period for information

Under statutory provisions, in particular section 10 of the German Supply Chain Due Diligence Act, we are obligated to document incoming complaints as well as the further procedure and to retain documentation on file for a minimum of seven years from its creation. The retention of personally identifiable information that has been stored is done in compliance with applicable data privacy and protection provisions. Where there is no legitimate interest in the continued storage of data, it is erased after the minimum retention period has lapsed.

HHH. Further information

For further information, in particular information relating to the technical use of the whistleblower system, the whistleblower is directed to refer to the website of the whistleblower system. In the event that provisions and/or information run counter to the stipulations of these Rules of Procedure, these Rules of Procedure shall take precedence.

Appendix 1: Companies

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

Appendix 2: Categories of the complaints procedure

The complaints procedure under the German Supply Chain Due Diligence Act focuses on risks to human rights and the environment and violations of human rights and environmental obligations. These obligations extend to the following:

Human rights risks

Child labor. Children may not be employed below a minimum age, i.e. until they have completed compulsory schooling pursuant to the laws in effect at the place of employment, in any event. not before the age of 15. Developing countries may make exceptions in accordance with international law (ILO Convention 138: Minimum Age Convention). In addition, children under the age of 18 may not be employed in the severest forms of child labor. This includes work that is harmful to a child's health and safety or *contra bonos mores* offenses involving vulnerable or high-risk victims, such as work underground, underwater, or involving dangerous machines or substances; selling children, child trafficking, forced or compulsory recruitment of children for use in armed conflicts; using children to obtain and deal drugs.

Slavery, indentured servitude, forced labor. Work and services that are demanded of a person under threat of punishment and for which they have not given their consent constitute forced labor. Indentured servitude is also prohibited, e.g. when migrants are forced to pay exorbitant recruitment costs. There are exceptions to the ban on forced labor, such as for civic duties or prison sentences. No exceptions apply with regard to slavery or similar practices. In contrast to forced labor, the exercise of power here is virtually absolute: Coercion is exercised not only over the worker's labor, but also over all of that individual's liberties. Decisive factors in establishing whether slavery is present are the extent to which there is restriction to a person's freedom of movement and control over items of their personal use, such as identification documents or cell phones; or whether the person has given informed consent. Other indicators include: withholding wages, creating unacceptable working and living conditions due to work in dangerous conditions or unacceptable accommodation provided by the employer, use of intimidation and threats, excessive overtime.

Failure to observe occupational health and safety obligations. Under the laws applicable at the place of employment: patently inadequate safety standards (e.g. risk of collapse in production facilities, unsecured construction sites and floor openings, inadequate fire protection or building safety, lack of escape routes and emergency exits); lack of appropriate protective measures when

using hazardous substances such as pesticides; inappropriate work organization with regard to working hours and rest breaks; inadequate training and instruction of employees.

Freedom of organization and association. The freedom to engage in trade union activity must be guaranteed as provided for by national laws. Exceptions such as strike bans for civil servants must be observed (for example, a (company-imposed) ban on engaging in organized labor may pose a risk).

Unequal treatment in employment based on national or ethnic origin, social background, health status, disability, sexual orientation, age, gender, political affiliation, or religious or other belief system must be prevented unless this is justified on account of operational requirements. The Supply Chain Due Diligence Act cites wage discrimination as one example of unequal treatment.

Withholding appropriate pay. The first indicator is the minimum wage established under applicable law; otherwise, this is determined in accordance with the laws in effect at the place of employment. The minimum wage may be insufficient: If the wage being paid does not cover the living costs of employees and their family members and local social security contributions and benefits, then the wage is deemed to not be appropriate work pay even if it is in line with the applicable minimum wage under the law.

Causing harmful changes to the soil, water pollution, air pollution, noise emissions, or excessive water consumption that significantly impairs the natural foundations for the preservation and production of food, denies someone access to safe drinking water, impedes or destroys someone's access to sanitary facilities, or causes damage to one's health.

Unlawful deprivation of land, forests, and bodies of water through unlawful displacement and forced resettlement. Examples include the development or other use of land, forests, and bodies of water without the involvement of the local population; unlawful expropriation (no adequate compensation, no procedure for examining adherence to the principle of proportionality).

Abuse of power by security forces. The commissioning or use of private or government security forces to guard a company project: This is prohibited if, due to lack of instruction or control on the part of the company when deploying security forces, the prohibited use of torture and cruel,

inhuman, or degrading treatment is disregarded; where there is injury to life or limb; or if the freedom of association and organization in unions is impaired.

Miscellaneous risks. Risks posed to all other human rights where there is an immediate threat of serious repercussions and unlawfulness is patently obvious upon critical assessment of all relevant circumstances. Examples of serious repercussions include: where they affect a particularly large number of people, where they result in major disadvantages for individuals, or if they are irreversible. Immediacy requires a particularly high probability of infringement to a human right which is impending.

Environmental risks

Use of mercury in products and production. Examples include the manufacture of products to which mercury is added and for which no exemption exists under the Minamata Convention, or the improper disposal of mercury waste.

Production and use of persistent organic pollutants (POPs). This includes aldrin, chlordane, DDT, dieldrin, endrin, heptachlor, hexachlorobenzene, mirex, toxaphene — collectively known as organochlorine pesticides (OCPs) — and toxic chemicals like dioxins, furans, i.e. substances which break down with great difficulty in nature, are spread via the air, water and soil, and are absorbed by living organisms and food chains through ingestion. In higher concentrations, they are harmful to one's health and the environment. POPs arise as unintentional by-products of industrial processes and are found in certain pesticides. The German Supply Chain Due Diligence Act prohibits the production and use of POPs unless an exception is specified in the pertinent EU POPs Regulation. The disposal of POPs waste must take place in an environmentally safe manner.

Import and export of hazardous waste. Examples include the import and export of hazardous waste like medical waste, used oil, used batteries, and residues from industrial waste, mercury, and POPs in contravention of the provisions of the Basel Convention.

**Règlement de procédure applicable
au dispositif d'alerte interne
(« dispositif de signalement » ou « procédure de plainte »)**

Version : avril 2025

III. INTRODUCTION

Une conduite éthique et conforme à la législation revêt une grande importance pour VINCI Construction GmbH (ci-après « nous ») et les sociétés mentionnées à l'ANNEXE 1. Cela vaut à la fois pour leurs propres activités commerciales et dans le cadre de leurs relations avec leurs partenaires commerciaux et clients. Par conséquent, nous avons mis en place une procédure de plainte qui permet aux salariés, partenaires commerciaux, entreprises et autres parties prenantes prévues par la loi allemande sur le devoir de diligence des entreprises dans les chaînes d'approvisionnement (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, LkSG) de signaler des risques ayant trait aux droits humains et à l'environnement ainsi que des violations des obligations en matière de droits humains et d'environnement. La procédure de plainte garantit un examen et un traitement transparents et équitables de toutes les plaintes reçues.

JJJ. PERSONNES HABILITÉES À DÉPOSER UNE PLAINTE

Dans le cadre de la loi allemande sur le devoir de diligence des entreprises dans les chaînes d'approvisionnement, est habilitée à déposer une plainte toute personne voulant signaler des risques ayant trait aux droits humains et à l'environnement ainsi que des violations des obligations en matière de droits humains et d'environnement résultant de nos activités et/ou de celles d'une entreprise mentionnée à l'ANNEXE 1 et/ou d'un fournisseur direct ou indirect. Ainsi, des salariés, sous-traitants, fournisseurs directs ou indirects, clients, riverains, investisseurs, d'autres entreprises, des organisations non gouvernementales (ONG) ou toute autre tierce personne sont habilités à déposer une plainte. Les plaintes peuvent être déposées par des personnes concernées directement ou indirectement (plaignants affectés personnellement) ou par des plaignants qui ne sont pas affectés personnellement (plaignants informateurs).

KKK. SUJETS / DOMAINES DE LA PROCÉDURE DE PLAINTE

La procédure de plainte permet de déposer des plaintes concernant les sujets ci-dessus. À titre indicatif, de plus amples informations sur les différents sujets/domaines couverts par la procédure de plainte figurent à l'ANNEXE 2. Ainsi, des plaintes peuvent également être déposées en cas de violation présumée ou avérée des documents suivants : « Charte Éthique et Comportements du Groupe VINCI », « Actions incontournables et fondamentales en matière de santé et sécurité au travail », « Code de conduite Anti-corruption du Groupe VINCI », « Guide des droits humains VINCI » et « Lignes directrices environnementales de VINCI ». Les documents de référence mentionnés ci-dessus peuvent être consultés sur la page d'accueil du dispositif de signalement interne (<https://eurovia.integrityline.com>).

LLL. GRATUITÉ

La procédure de plainte est gratuite pour tout plaignant.

MMM. DÉPOSER UNE PLAINTÉ

Le traitement des plaintes déposées par le biais du dispositif de signalement interne est assuré par des salariés de la cellule Conformité de VINCI Construction Deutschland spécialement formés et tenus à la confidentialité. Le dispositif de signalement est accessible à l'adresse <https://eurovia.de>. Il permet de déposer des plaintes dans les langues suivantes : allemand, anglais, français, turc et russe. Les plaintes peuvent également être déposées sous forme de message vocal. Les canaux de signalement prévus par le dispositif sont ouverts aux plaignants 24 h/24, 7 j/7, sans aucune limite ni condition.

NNN. SIGNALEMENTS ANONYMES

Lorsqu'ils déposent une plainte par les canaux de communication susmentionnés, les plaignants ont la possibilité de garder l'anonymat.

OOO. QUELLES INFORMATIONS UNE PLAINTÉ DOIT-ELLE COMPORTER ?

Afin de permettre un traitement rapide et adéquat de la plainte, celle-ci doit comporter un maximum d'informations pertinentes et décrire l'incident de façon aussi détaillée que possible.

Ainsi, les informations suivantes peuvent être utiles (sans toutefois être obligatoires) :

- Description précise de l'incident.
- Date ou période de l'incident ; est-ce qu'il perdure ?
- Lieu de l'incident (p. ex. dans quel pays, dans quelle entreprise, chez quel fournisseur ?)
- Quelles sont les personnes impliquées ?
- Combien de personnes sont concernées ?
- Êtes-vous concerné également ?
- Qui d'autre a eu connaissance de l'incident ?
- Existe-t-il un risque immédiat pour la vie ou l'intégrité physique des personnes ? Existe-t-il un risque immédiat pour l'environnement ?
- Y avait-il déjà eu un signalement du risque ou de la violation auprès de nos services ?

PPP. PRISE EN CHARGE ET TRAITEMENT DES PLAINTES REÇUES

La prise en charge des plaintes par le biais du dispositif de signalement interne est assurée par des salariés spécialement formés de la cellule conformité de VINCI Construction Deutschland, qui s'engagent à en respecter la confidentialité. D'autres personnes peuvent être impliquées lors du

traitement des plaintes. Il peut notamment s'agir des responsables des droits humains dans le cadre de la coordination et de la surveillance des approches visant à respecter les obligations de diligence, du reporting à la gérance, du respect des obligations de documentation et de la rédaction du rapport annuel, ainsi que de la surveillance d'une mise en œuvre effective du système de gestion des risques LkSG et de son amélioration continue. Des personnes indépendantes, liées par des obligations de confidentialité, peuvent aussi être impliquées dans le traitement des plaintes reçues dans le cadre de la procédure de plainte ainsi que de la documentation conforme à la Loi sur le processus de plainte. En outre, des personnes responsables des risques respectifs peuvent être impliquées dans le cadre de la réalisation et de la documentation de l'analyse des risques correspondants, y compris le suivi régulier de l'exposition aux risques, la définition (et, le cas échéant, la mise en œuvre) de mesures préventives ainsi que la définition de mesures correctives. Les personnes impliquées sont tenues à tout moment par le secret professionnel. Elles interviennent à titre d'experts, sont impartiales et indépendantes et ne sont pas liées par des instructions techniques.

QQQ. PROTECTION DU PLAIGNANT

Conformément à la Loi, nous garantissons une protection adéquate et efficace des plaignants contre toute discrimination ou sanction, à condition que la plainte ait été déposée de bonne foi, autrement dit que le plaignant pouvait légitimement penser que les informations communiquées dans le cadre de sa plainte étaient véridiques. La protection du plaignant ne peut être garantie **au-delà** de notre sphère d'influence juridique. Nous ne tolérons aucune démarche basée sur le reproche, la stigmatisation ou les préjugés. En cas de communication d'informations fausses et/ou trompeuses (par exemple en cas de suspicion délibérément fausse), nous nous réservons cependant le droit de prendre des mesures disciplinaires et/ou civiles et/ou pénales. Nous garantissons la confidentialité de l'identité du plaignant et des tiers éventuels cités dans la plainte et réservons l'accès à ces informations à des personnes dûment habilitées. Le recours à la procédure de plainte ne doit en aucun cas être préjudiciable au plaignant. Toute plainte reçue sera traitée conformément aux dispositions légales en matière de protection des données. Les informations relatives à l'identité peuvent être communiquées aux autorités compétentes lorsqu'une obligation légale ou une ordonnance judiciaire ou réglementaire l'exige ou lorsqu'il existe une suspicion raisonnable d'une infraction pénale.

RRR. DÉROULEMENT DÉTAILLÉ DE LA PROCÉDURE

Dans le cadre de la procédure de plainte, toute plainte reçue sera soigneusement examinée et traitée. En règle générale, son traitement comporte les étapes suivantes :

Accusé de réception de la plainte

A travers le canal de communication établi, le plaignant reçoit immédiatement un accusé de réception de sa plainte. En cas d'envoi postal du signalement, la personne ayant remis la plainte reçoit un accusé de réception par courrier.

Si le plaignant choisit de remettre sa plainte par un autre moyen non prévu par la procédure, nous ne sommes pas tenus d'en accuser réception.

Examen de la plainte

Toute plainte est examinée sur le fond. Si nécessaire, les faits remontés font l'objet d'une discussion avec le plaignant. Si, dans le cadre de la vérification des faits, il s'avère que la plainte est fondée, nous prenons des mesures préventives et/ou correctives adaptées. Si la plainte est infondée, l'affaire est classée. Une plainte est réputée infondée lorsqu'elle n'a aucun lien avec nous ou avec une entreprise mentionnée à l'ANNEXE 1, lorsqu'il n'y a pas de risque ou de violation des obligations ayant trait aux droits humains ou à l'environnement au sens de la loi allemande sur les obligations de diligence au sujet des chaînes d'approvisionnement et lorsqu'il n'y a pas non plus violation des documents de référence mentionnés sous C.

Informations sur l'avancement et le résultat de la procédure de plainte

Le plaignant est régulièrement informé du traitement de sa plainte à condition que cela soit compatible avec l'intérêt de l'enquête. Les procédures peuvent être très individuelles et complexes ; par conséquent, il est actuellement impossible d'indiquer un délai définitif pour leur achèvement. Cependant, nous nous efforçons de traiter rapidement les plaintes et d'informer le plaignant, au terme de la procédure, du résultat de l'enquête ainsi que des mesures préventives et/ou correctives prévues ou déjà engagées. Par ailleurs, le plaignant sera également informé du classement de la procédure si les allégations sont infondées. Aucune information n'est donnée si cela pourrait affecter les vérifications et/ou enquêtes internes et/ou les droits des personnes qui font l'objet d'une plainte ou qui y sont mentionnées. L'obligation d'information est également caduque s'il est impossible de prendre contact avec le plaignant qui aurait choisi de ne pas communiquer ses coordonnées ou de garder l'anonymat. Si le plaignant a déposé la plainte via le dispositif de signalement interne, il est possible de suivre ladite plainte au moyen d'une messagerie personnelle interne au dispositif.

Prise de contact au terme de la procédure de plainte

Nous souhaitons mettre en œuvre des mesures adéquates et efficaces pour protéger les plaignants d'éventuels préjudices. Dans ce contexte, nous nous réservons le droit de contacter le plaignant au terme de la procédure pour lui demander s'il a fait ou fait actuellement l'objet de représailles ou d'autres préjudices liés à la procédure de plainte. Nous pourrions par ailleurs l'interroger sur

l'efficacité des mesures préventives et/ou correctives. Aucun contact ne sera établi si le plaignant a choisi de ne pas communiquer ses coordonnées, de garder l'anonymat ou s'il refuse une telle prise de contact. Afin de garantir la protection contre les représailles même après cette prise de contact, le plaignant peut, au terme de la procédure, reprendre contact à tout moment à travers les canaux de signalement pour dénoncer d'éventuels problèmes. Seront alors prises des mesures visant à mettre fin aux représailles ou mesures de rétorsion et ainsi protéger le plaignant.

SSS. DURÉE DE CONSERVATION DES INFORMATIONS

Conformément aux dispositions légales, notamment l'article 10 de la loi allemande sur les obligations de diligence au sujet des chaînes d'approvisionnement, nous sommes tenus de documenter les plaintes reçues ainsi que l'avancement de la procédure et de conserver cette documentation pendant au moins sept ans à compter de sa création. La conservation des données personnelles est conforme à la réglementation applicable en matière de protection des données. Au terme du délai minimal de conservation, les données seront effacées, sauf s'il existe un intérêt légitime justifiant une conservation plus longue.

TTT. Informations supplémentaires

Pour de plus amples informations sur le fonctionnement technique du dispositif de signalement, le plaignant est invité à consulter le site web du dispositif de signalement interne. En cas de dispositions et/ou d'informations contraires aux dispositions du présent règlement de procédure, ce dernier prévaut.

Langage inclusif

Dans la mesure du possible, le texte utilise à la fois les formes masculines et féminines. Lorsque, pour une meilleure lisibilité, seule la forme masculine est utilisée (par exemple dans les énumérations et les mots composés), la forme féminine et les autres formes sont implicites.

ANNEXE 1 : ENTREPRISES

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

ANNEXE 2 : CATÉGORIES DE LA PROCÉDURE DE PLAINTE

La procédure de plainte prévue conformément à la loi allemande sur le devoir de diligence des entreprises dans les chaînes d’approvisionnement (LkSG) vise à identifier les risques et violations des obligations en matière de droits humains et d’environnement. Ces obligations concernent :

LES RISQUES AYANT TRAIT AUX DROITS HUMAINS

Travail des enfants : Les enfants ne peuvent être employés qu’à partir d’un âge minimum correspondant à la fin de la scolarité obligatoire prévue par la législation locale. Ils ne peuvent en aucun cas être employés avant l’âge de 15 ans. Les pays de production peuvent définir des exceptions conformes au droit international (Convention 138 de l’OIT). Par ailleurs, les enfants de moins de 18 ans ne doivent pas occuper d’emploi qui pourrait leur être gravement préjudiciable, susceptible par exemple de compromettre leur santé, leur sécurité et leur moralité, tel que le travail sous terre, sous l’eau ou avec des machines ou substances dangereuses ; la vente et la traite d’enfants ; le recrutement forcé ou obligatoire d’enfants dans des conflits armés ; l’exploitation d’enfants pour la production ou la vente de drogues.

Esclavage et travail forcé : On entend par travail forcé tout travail ou service exigé d’une personne sous la menace de sanctions, sans qu’elle y ait consenti. Le travail forcé est interdit. La servitude pour dettes, qui contraint par exemple des migrants à rembourser des frais de recrutement exorbitants, est également interdite. Des exceptions s’appliquent à l’interdiction du travail forcé, par exemple pour des obligations citoyennes ou dans le cadre de peines d’emprisonnement. Aucune exception n’est consentie concernant l’esclavage et les pratiques similaires. Contrairement au travail forcé, l’exercice du pouvoir y est presque absolu : la contrainte ne se limite pas au travail forcé et concerne l’ensemble des libertés de la personne concernée. Pour déterminer s’il s’agit ou non d’un cas d’esclavage, il convient notamment de prendre en compte le degré de restriction de la liberté de mouvement ainsi que le contrôle d’objets personnels tels que les papiers d’identité ou les téléphones portables. Savoir si la personne concernée a donné ou non son consentement éclairé est un autre critère essentiel. Parmi les autres indicateurs figurent par exemple la rétention des salaires, l’existence de conditions de travail et de vie inacceptables en raison de l’exposition à des risques graves ou un hébergement dans des logements insalubres fournis par l’employeur, l’intimidation et les menaces, un nombre excessif d’heures supplémentaires.

Violation des obligations de sécurité au travail : Conformément aux obligations de sécurité au travail applicables en vertu de la législation en vigueur localement : normes de sécurité manifestement insuffisantes et risques d'effondrement sur les sites de production, absence de sécurisation des chantiers de construction et ouvertures dans le sol, protection insuffisante contre les incendies ou mesures de sécurité des bâtiments inadaptées, absence de voies d'évacuation et d'issues de secours, absence de mesures de protection appropriées en cas d'utilisation de substances dangereuses telles que des pesticides, organisation du travail inadaptée sur le plan des horaires de travail et des pauses, insuffisance de formation et de préparation des salariés.

Liberté d'association : La liberté d'action des syndicats doit être garantie conformément au droit national. Ce faisant, des exceptions peuvent s'appliquer telles que l'interdiction de grève pour les fonctionnaires (ainsi, une entreprise qui interdit la création d'un syndicat peut constituer un risque).

Toute inégalité de traitement devant l'emploi, fondée sur l'origine nationale et ethnique, l'origine sociale, l'état de santé, le handicap, l'orientation sexuelle, l'âge, le sexe, les opinions politiques, la religion ou les convictions, doit être évitée, sauf si elle est justifiée par des exigences opérationnelles. A titre d'exemple d'inégalité de traitement, la LkSG cite la discrimination salariale.

Privation d'un salaire décent : Le premier indicateur est le salaire minimum légal applicable ou fixé par la législation locale. Le salaire minimum légal peut être insuffisant : même s'il correspond au salaire minimum en vigueur, le salaire versé est jugé indécent s'il ne couvre pas les frais de subsistance des salariés et de leur famille et ne permet pas de cotiser à la sécurité sociale locale.

Détérioration des sols, pollution des eaux ou de l'air, émissions sonores ou consommation excessive d'eau, mettant en péril les bases naturelles nécessaires au maintien et à la culture des ressources alimentaires, privant une personne d'un accès à l'eau potable, entravant ou détruisant l'accès aux installations sanitaires et portant atteinte à la santé.

Privation illégale de terres, de forêts et de cours d'eau par éviction et réinstallation forcées : par exemple en construisant ou réaffectant des terrains, forêts et cours d'eau sans consultation de la population locale, en expropriant illégalement (sans indemnisation adéquate ni procédure visant à en vérifier la proportionnalité).

Abus de pouvoir par les forces de sécurité : Il est interdit de faire appel à des forces de sécurité

privées ou publiques pour protéger le projet entrepreneurial si, faute de formation ou de contrôle suffisants par l'entreprise, l'intervention de ces forces entraîne la violation de l'interdiction de la torture et des traitements cruels, inhumains ou dégradants, s'il existe un risque pour la vie ou l'intégrité physique des personnes, ou si la liberté d'association en est restreinte.

Risque résiduel : Risque de violation des autres droits humains lorsqu'il existe une menace directe d'atteinte particulièrement grave et que l'illégalité est manifeste au regard d'une prise en compte adéquate de toutes les circonstances envisagées. Ainsi, les atteintes peuvent être qualifiées de graves si elles concernent un grand nombre de personnes, si elles entraînent des conséquences particulièrement négatives pour certaines personnes ou si elles sont irréversibles. La menace directe est caractérisée par une probabilité particulièrement élevée d'une atteinte imminente au droit humain.

RISQUES ENVIRONNEMENTAUX

Utilisation de mercure dans les produits ou la production : par exemple, production de produits contenant du mercure qui n'entrent pas dans les exemptions prévues par la Convention de Minamata, ou élimination inappropriée de déchets de mercure.

Production et utilisation de polluants organiques persistants (POP) : Les POP (par exemple, production et utilisation de POP tels que l'aldrine, le chlordane, le DDT, la dieldrine, l'endrine, l'heptachlore, l'hexachlorobenzène, le mirex, le toxaphène, les dioxines et les furanes) sont des substances qui se dégradent difficilement dans la nature, qui se propagent dans l'air et l'eau, et sont absorbées par les organismes vivants via les chaînes alimentaires. À des concentrations plus élevées, ils sont nocifs pour la santé et l'environnement. Les POP sont par exemple des sous-produits involontaires issus des procédés industriels et sont contenus dans certains pesticides. La LkSG interdit la production et l'utilisation des POP, sauf si une exception est prévue dans le règlement européen sur les POP. Les déchets contenant des POP doivent être éliminés de manière écologiquement responsable.

Importation et exportation de déchets dangereux : par exemple déchets médicaux, huiles et batteries usagées, résidus de déchets industriels, mercure et POP, en violation des dispositions de la Convention de Bâle.

**Regulamento interno do
procedimento de reclamação
("procedimento de reclamação" ou "sistema de denúncia")**

Versão: abril de 2025

UUU. INTRODUÇÃO

Uma conduta ética e em conformidade com a lei assume um papel importante para a VINCI Construction GmbH (doravante: “nós”) e as empresas mencionadas no ANEXO 1, tanto nas suas próprias atividades como nas relações com os seus parceiros comerciais e clientes. Por conseguinte, nós implementámos um procedimento de reclamação que permite aos colaboradores, parceiros comerciais, empresas e outras pessoas afetadas, de acordo a *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* (Lei alemã da Devida Diligência da Cadeia de Abastecimento), alertar para os riscos em matéria de direitos humanos e ambiente, bem como para violações de obrigações em matéria de direitos humanos ou ambiente, nos termos da *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* (LkSG). O procedimento de reclamação visa assegurar que todas as reclamações recebidas são examinadas e tratadas de forma transparente e justa.

VVV. PESSOAS COM LEGITIMIDADE PARA RECLAMAR

Ao abrigo da *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz*, o procedimento de reclamação está aberto a qualquer pessoa que pretenda alertar para riscos em matéria de direitos humanos e ambiente, bem como para violações de obrigações em matéria de direitos humanos ou ambiente, decorrentes da nossa atividade económica e/ou da atividade económica de uma empresa do ANEXO 1 e/ou de um fornecedor direto ou indireto. Os reclamantes podem ser, por exemplo, funcionários, contratantes, fornecedores diretos e indiretos (portanto, fornecedores), clientes, residentes, investidores, outras empresas, organizações não governamentais (ONG) ou também pessoas não envolvidas. As reclamações podem ser apresentadas tanto por reclamantes que sejam eles próprios direta ou indiretamente afetados (os próprios reclamantes são afetados) como por reclamantes que não são eles próprios afetados (reclamantes informadores).

WWW. TEMAS / ÁREAS TEMÁTICAS DO PROCEDIMENTO DE RECLAMAÇÃO

O procedimento de reclamação permite apresentar reclamações na área (temática) acima referida. Para efeitos de orientação, o ANEXO 2 contém informações adicionais sobre os diferentes temas/áreas temáticas abrangidos pelo procedimento de reclamação. Por conseguinte, também podem ser apresentadas reclamações em caso de suspeita de uma violação e/ou da violação da “Carta de Ética e Código de Conduta da VINCI”, “Saúde e Segurança no Trabalho da VINCI”, “Código de Conduta Anticorrupção da VINCI”, “Guia dos Direitos Humanos da VINCI” e “Orientações Ambientais da VINCI”. Os documentos de referência acima mencionados podem ser consultados no site do sistema de denúncia (<https://eurovia.integrityline.com>).

XXX. GRATUIDADE

O procedimento de reclamação é gratuito para todos os reclamantes.

YYY. APRESENTAÇÃO DE UMA RECLAMAÇÃO

A recepção de reclamações através do sistema de denúncia está a cargo de colaboradores com formação específica e sujeitos ao dever de confidencialidade da organização de *Compliance* da VINCI Construction Alemanha. O sistema de denúncia está disponível em <https://eurovia.de>. As reclamações através do sistema de denúncia podem ser apresentadas em alemão, inglês, francês, turco e russo. As reclamações também podem ser apresentadas sob a forma de uma mensagem de voz no sistema de denúncia. Os canais de comunicação do sistema de denúncia estão à inteira disposição dos reclamantes a qualquer hora do dia e da noite.

ZZZ. DENÚNCIAS ANÓNIMAS

Os reclamantes também podem apresentar uma reclamação de forma anónima através dos canais de comunicação acima mencionados.

AAAA. QUE INFORMAÇÕES DEVE CONTER UMA RECLAMAÇÃO?

Para garantir um tratamento célere e adequado da reclamação, convém que a reclamação contenha a maior quantidade possível de informações relevantes e que a ocorrência seja descrita da forma mais exata possível.

Para tal, podem ser úteis (embora não sejam obrigatórias) as seguintes informações:

- O que aconteceu concretamente?
- Quando ou em que período se deu a ocorrência ou a ocorrência ainda persiste?
- Onde se deu a ocorrência (por exemplo, em que país, em que sociedade, em que fornecedor)?
- Quais as pessoas envolvidas?
- Quantas pessoas são afetadas?
- Você próprio também é afetado?
- Que outras pessoas se aperceberam da ocorrência?
- Existe perigo iminente para a vida ou integridade física? Existe perigo iminente para o ambiente?
- O risco ou a violação já nos tinha sido comunicada anteriormente?

BBBB. COMPETÊNCIA PARA O TRATAMENTO DE UMA RECLAMAÇÃO RECEBIDA

A recepção de reclamações através do sistema de denúncia está a cargo de colaboradores com formação específica e sujeitos ao dever de confidencialidade da organização de *Compliance* da VINCI Construction Alemanha. No decorrer do tratamento das reclamações poderão ser incluídas outras pessoas. Essas pessoas são, por exemplo, os provedores de justiça no âmbito da coordenação e

monitorização das abordagens para o cumprimento dos deveres de diligência, da apresentação de relatórios à gerência, do cumprimento dos deveres de documentação e da elaboração do relatório anual, bem como do acompanhamento da aplicação efetiva do sistema de gestão de riscos previsto na LkSG e da melhoria contínua do mesmo. Além disso, podem ser envolvidas pessoas independentes, sujeitas ao dever de sigilo, no tratamento das reclamações no âmbito do procedimento de reclamação e da documentação conforme a lei do processo de reclamação. Adicionalmente, podem ser envolvidas outras pessoas responsáveis pela gestão de riscos que, no âmbito da realização e documentação da análise de risco, podem ser responsáveis para os respetivos riscos, incluindo pela monitorização regular da exposição ao risco, definição (e, caso aplicável, implementação) de medidas preventivas, bem como pela definição de medidas corretivas. É sempre assegurado que as pessoas envolvidas atuam de forma sigilosa, competente e imparcial e que são independentes e não estão sujeitas a instruções técnicas.

CCCC. PROTEÇÃO DO RECLAMANTE

Nós garantimos uma proteção apropriada e eficaz dos reclamantes contra o tratamento desfavorável e a punição, em conformidade com as disposições legais. Isto é aplicável se e na medida em que o reclamante tenha apresentado a reclamação de boa fé, ou seja, se o reclamante tinha uma razão legítima para crer que as informações comunicadas no âmbito da reclamação são verdadeiras. A proteção do reclamante só pode ser garantida **na medida** do alcance da nossa influência jurídica. Não permitimos qualquer cultura de repreensão, estigmatização ou preconceito. Em caso de transmissão comprovadamente consciente de informações falsas e/ou enganosas (por exemplo, suspeita conscientemente falsa), reservamo-nos, no entanto, o direito de tomar medidas disciplinares e/ou medidas de direito civil e/ou de direito penal. Nós garantimos que a confidencialidade da identidade do reclamante e eventuais terceiros mencionados na reclamação é mantida e que pessoas não autorizadas não têm acesso à mesma. O reclamante não deve sofrer qualquer desvantagem por ter recorrido ao procedimento de reclamação. Todas as reclamações recebidas são tratadas em conformidade com as normas legais em matéria de proteção de dados. As informações sobre a identidade podem ser divulgadas às autoridades competentes, se tal for necessário por força de uma obrigação legal ou de uma ordem judicial ou administrativa ou se existirem indícios suficientes da prática de uma infração penal.

DDDD. DESCRIÇÃO DO TRATAMENTO DE RECLAMAÇÕES

Todas as reclamações recebidas são cuidadosamente analisadas e tratadas no âmbito do procedimento de reclamação. Regra geral, o tratamento envolve os seguintes passos:

Confirmação da receção da reclamação

O reclamante recebe imediatamente uma confirmação da receção da reclamação através do canal de comunicação instituído. Em caso de envio postal de uma comunicação, o reclamante recebe um aviso de receção postal.

Caso o reclamante escolha um outro meio não previsto para entregar a sua reclamação, não somos obrigados a enviar uma confirmação de receção.

Análise da reclamação

Cada reclamação é analisada quanto ao seu fundamento. Nas reclamações é efetuado, se necessário, um esclarecimento dos factos com o reclamante. Se pela análise dos factos se constatar que a reclamação tem fundamento, tomaremos as medidas preventivas e/ou corretivas apropriadas. Se a reclamação for infundada, arquivaremos o processo. Uma reclamação é, em princípio, infundada, se não tiver qualquer ligação connosco ou com uma empresa na aceção do ANEXO 1, se não existir qualquer risco em matéria de direitos humanos e ambiente de acordo com a *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz*, se não existir qualquer violação de obrigações em matéria de direitos humanos e ambiente de acordo com a *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* e se não existir qualquer violação dos documentos de referência mencionados no ponto C.

Informação sobre o estado e o resultado do procedimento de reclamação

O reclamante é regularmente informado sobre o tratamento da sua reclamação, desde que tal seja possível por razões relacionadas com o inquérito. Uma vez que os processos podem ser muito específicos e complexos, não somos neste momento capazes de indicar um prazo definitivo dentro do qual os processos estarão concluídos. Esforçamo-nos, contudo, por tratar as reclamações com celeridade e por dar ao reclamante uma informação sobre o resultado da análise e das medidas preventivas e/ou corretivas planeadas ou já implementadas, após a conclusão do processo. O reclamante também será devidamente informado, se o processo for arquivado por falta de fundamento da reclamação. Não será fornecida uma informação se esta afetar inquéritos e/ou investigações internas e/ou prejudicar os direitos das pessoas que são objeto de uma reclamação ou que são mencionadas na reclamação. O dever de informar também não é exigido nos casos em que não é possível estabelecer o contacto devido ao anonimato ou à falta de dados de contacto do reclamante. Se o reclamante tiver apresentado uma reclamação utilizando o sistema de denúncia, também é possível acompanhar a reclamação através de uma caixa de correio pessoal no sistema de denúncia.

Contacto após conclusão do procedimento de reclamação

Pretendemos garantir uma proteção apropriada e eficaz dos reclamantes contra desvantagens. Com

base no exposto, é possível que o reclamante seja contactado e questionado após a conclusão do processo para se saber se o mesmo esteve ou está sujeito a represálias ou outras desvantagens que estejam em ligação com o procedimento de reclamação. Também é possível indagar se o reclamante pode fornecer informações sobre a eficácia das medidas preventivas e/ou corretivas implementadas. De qualquer modo, o contacto não é exigido nos casos em que este não é possível devido ao anonimato ou à falta de dados de contacto do reclamante ou se o reclamante recusar esse mesmo contacto. Para também na sequência desse contacto garantir a proteção contra represálias, o reclamante pode em qualquer altura após a conclusão do processo entrar novamente em contacto através de um dos canais de comunicação e alertar sobre eventuais irregularidades. Serão então tomadas medidas para acabar com as represálias ou pôr fim a medidas de retaliação e, dessa forma, proteger o reclamante.

EEEE. PRAZO DE CONSERVAÇÃO DE INFORMAÇÕES

Em conformidade com as disposições legais, nomeadamente com o artigo 10.º da *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz*, somos obrigados a documentar as reclamações recebidas, bem como o processo subsequente e a conservar a documentação durante, pelo menos, sete anos desde a sua elaboração. A conservação de dados pessoais armazenados realiza-se em conformidade com as regras aplicáveis em matéria de proteção de dados. Caso não exista um interesse legítimo para continuar a conservar os dados, estes serão apagados após o período mínimo de conservação.

FFFF. Outras indicações

O reclamante poderá consultar outras indicações, nomeadamente sobre a utilização técnica do sistema de denúncia, nas informações disponibilizadas no site do sistema de denúncia. Caso existam regulamentos e/ou indicações contrárias ao previsto no presente Regulamento interno, o Regulamento interno tem primazia de aplicação.

Linguagem inclusiva: Sempre que possível, serão usadas formas masculinas e femininas no texto. Sempre que numa enumeração e em palavras compostas apenas é usada a forma masculina por razões de legibilidade, deve-se entender igualmente a forma feminina ou outras formas.

ANEXO 1: EMPRESAS

- VINCI Construction Shared Services GmbH
- Allgemeine Gleis- und Tiefbau-Bauunternehmen GmbH
- AMOS Asphalt GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Spich GmbH
- AMS Asphaltmischwerke Stolberg GmbH
- AMW Asphaltmischwerke Westfalen GmbH
- BAUREKA Baustoff-Recycling GmbH
- Bauunternehmung Alfred Schopf GmbH & Co. KG
- beck-bau GmbH
- BTM Baustoff-Technik + Mischwerke GmbH
- Colberg & Forster GmbH
- Elbekies GmbH
- Entsorgungsgesellschaft mbH Gutttau (ESG Gutttau)
- Essener Teerschotter GmbH
- EUROVIA Bau GmbH
- EUROVIA Concrete Technologies GmbH
- EUROVIA Gestein GmbH
- EUROVIA Industrie GmbH
- EUROVIA Infra GmbH
- EUROVIA Infrastructure GmbH
- EUROVIA Verkehrsbau GmbH
- Fritze & Co. Eisenbahn- und Tiefbau GmbH & Co. KG
- Gleisbau Schmidt-Scheffler Verwaltungs GmbH
- HANSE Asphaltmischwerke GmbH
- InP3D GmbH
- Lausitzer Grauwacke GmbH
- Lühring GmbH
- M & GG Maintenance & Grundstück GmbH
- Makadamlabor Schwaben GmbH
- Makadamwerk Schwaben GmbH & Co. KG
- Makadamwerk Schwaben-Geschäftsführung-GmbH
- Märkische Tiefbau Erich Pamp & Co. GmbH
- Milkebau GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe Verwaltungs-GmbH
- MIRO Mineralische Rohstoffe GmbH & Co. KG
- MPV GmbH (ex: MPV Materialprüfungs- und Vertriebs-Gesellschaft für Straßenbaustoffe mbH)
- MWR Mischwerk Remscheid GmbH
- Oder Havel Mischwerke GmbH & Co. KG
- Oder Havel Mischwerke Verwaltungs-GmbH
- RBS bautec GmbH
- RTBR Reutlinger-Tübinger Baustoff Recycling GmbH
- Sand + Kies Union GmbH Berlin Brandenburg
- Schopf GmbH

- SIGNEOS GmbH
- Steinbruch Lasbeck GmbH
- TBH Transportbetonwerke Heilbronn GmbH & Co. KG
- TEERBAU GmbH
- THG-Baugesellschaft mbH
- TKP GmbH
- TS Traffic Systems GmbH
- Verkehrsbau Union GmbH
- VIA IMC GmbH Infrastruktur Management Consulting
- Via Structure GmbH
- Via-Bau Südwestfalen GmbH
- Peter Hausmann & Co. Bauunternehmung GmbH

ANEXO 2: CATEGORIAS DO PROCEDIMENTO DE RECLAMAÇÃO

O foco do procedimento de reclamação de acordo com a *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* (LkSG) são os riscos para e as violações de obrigações em matéria de direitos humanos e ambiente. Essas obrigações dizem respeito ao seguinte:

RISCOS EM MATÉRIA DE DIREITOS HUMANOS

Trabalho infantil: As crianças só podem ser admitidas ao emprego ou trabalho a partir de uma idade mínima, ou seja, quando terminam a escolaridade obrigatória de acordo com a legislação do local de trabalho, mas nunca antes de completarem 15 anos de idade. Os países produtores podem prever exceções em conformidade com o Direito Internacional (Convenção n.º 138 da OIT). Além disso, as crianças com menos de 18 anos de idade não podem ser admitidas ao emprego ou trabalho nas piores formas de trabalho infantil. Isto abrange trabalhos prejudiciais à saúde, à segurança e à moralidade como, por exemplo, atividades subterrâneas, subaquáticas ou com máquinas ou substâncias perigosas, venda de crianças, tráfico de crianças, recrutamento forçado ou obrigatório de crianças para uso em conflitos armados, utilização de crianças para produção e tráfico de drogas.

Escravidão e trabalho forçado: Todo o trabalho ou serviço exigido de uma pessoa sob a ameaça de qualquer castigo e para o qual ela não se tenha oferecido voluntariamente é um trabalho forçado proibido. Também é proibida a servidão por dívidas, como no caso dos migrantes que têm de trabalhar para pagar taxas de recrutamento excessivas. Para a proibição do trabalho forçado existem exceções, como por exemplo, para obrigações cívicas ou no âmbito de penas de prisão. Não existem exceções em matéria de escravidão e para práticas análogas. Ao contrário do trabalho forçado, o domínio é, neste caso, quase absoluto: não só sobre a mão-de-obra, mas também sobre todas as liberdades da pessoa em causa é exercida coação. Os elementos essenciais para a determinação são o grau de limitação da liberdade de movimento e do controlo sobre bens pessoais, como documentos de identificação ou telemóveis, ou se existe o consentimento informado da pessoa em causa. Outros indicadores são, por exemplo, a retenção de salários, a criação de condições de trabalho e de vida insuportáveis através de um trabalho sob condições perigosas ou em alojamentos intoleráveis disponibilizados pela entidade patronal, o uso de intimidações e ameaças, uma quantidade excessiva de horas extraordinárias.

Violação das obrigações de saúde e segurança no trabalho: Em conformidade com as obrigações de saúde e segurança no trabalho aplicáveis segundo a legislação do local de trabalho: normas de segurança manifestamente insuficientes (por exemplo, perigo de desabamento de instalações de produção, estaleiros de construção e aberturas no solo sem condições de segurança, proteção contra incêndios ou segurança de edifícios insuficientes, falta de vias de evacuação e saídas de emergência), falta de medidas de proteção adequadas no uso de substâncias perigosas como pesticidas, organização inadequada do trabalho em termos de horários de trabalho e períodos de descanso, formação e instrução insuficientes dos empregados.

Liberdade de associação: Deve ser garantida a liberdade de atuação de sindicatos em conformidade com a legislação nacional. Devem ser observadas as exceções, como proibições de greve para funcionários públicos (por exemplo, a proibição (por parte da empresa) da formação de sindicatos pode representar um risco).

O tratamento desigual no trabalho em razão da origem nacional ou étnica, origem social, estado de saúde, deficiência, orientação sexual, idade, sexo, opinião política, religião ou ideologia deve ser evitado, a menos que seja justificado por exigências operacionais. A LkSG menciona como exemplo de tratamento desigual a discriminação salarial.

Privação de um salário adequado: O primeiro indicador é o salário mínimo previsto na legislação aplicável e, de resto, baseia-se na legislação do local de trabalho. O salário mínimo pode ser insuficiente: se o salário pago não cobrir o custo de vida dos empregados e dos familiares, bem como os serviços locais de segurança social, é considerado inadequado, mesmo que corresponda ao salário mínimo em vigor.

Contaminação do solo, poluição da água, poluição do ar, poluição sonora ou consumo excessivo de água, que prejudique significativamente a base natural para a preservação e a produção de alimento, negue o acesso de uma pessoa a água potável de qualidade, dificulte ou destrua o acesso de uma pessoa a saneamento ou prejudique a saúde de uma pessoa.

Usurpação de terras, florestas e águas por expulsão ilegal e deslocação forçada: por exemplo, urbanização ou outro uso de terras, florestas e águas sem a participação da população local, expropriações ilegais (sem uma indemnização adequada, sem um processo em que tenha sido examinada a proporcionalidade).

Abuso de poder por forças de segurança: É proibida a contratação ou o uso de forças de segurança privadas ou públicas para proteção do projeto empresarial, se, por falta de instrução ou controlo por parte da empresa no uso das forças de segurança, for violada a proibição da tortura e do tratamento cruel, desumano ou degradante, houver danos à vida ou à integridade física ou forem prejudicados a liberdade de associação e o direito de organização.

Risco residual: Riscos para todos os outros direitos humanos, se houver danos particularmente graves que sejam iminentes e a ilegalidade seja manifesta, dada uma apreciação razoável de todas as circunstâncias em questão. Os danos podem ser graves, se, por exemplo, afetarem um elevado número de pessoas ou se tivessem grandes desvantagens para algumas pessoas ou fossem irreversíveis. A iminência exige uma probabilidade particularmente forte do dano ao direito humano que está prestes a acontecer.

RISCOS AMBIENTAIS

Utilização de mercúrio em produtos e na produção: por exemplo, o fabrico de produtos que contenham mercúrio, para os quais não existe uma exceção nos termos da Convenção de Minamata, ou a eliminação inadequada de resíduos de mercúrio.

Produção e uso de poluentes orgânicos persistentes (POPs): os POPs (por exemplo, a produção e o uso de POPs, como por exemplo, aldrina, clordano, DDT, dieldrina, endrina, heptacloro, hexaclorobenzeno, mirex, toxafeno, dioxinas, furanos) são substâncias que resistem à degradação sob condições naturais, são propagáveis através do ar e da água e são absorvidas pelos seres vivos através da ingestão de alimentos e pelas cadeias alimentares. Em concentrações elevadas são prejudiciais para a saúde humana e o ambiente. Os POPs resultam como subprodutos não intencionais de processos industriais e estão presentes em alguns pesticidas. A LkSG proíbe a produção e o uso de POPs, salvo alguma exceção prevista no regulamento POP da UE aplicável. A eliminação de resíduos com POPs tem de ser efetuada de forma ecológica.

Importação e exportação de resíduos perigosos: por exemplo, a importação e exportação de resíduos perigosos como resíduos médicos, óleos usados, pilhas usadas, resíduos de processos industriais, mercúrio e POPs, contrariamente ao estipulado na Convenção de Basileia.

